

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 134

WINTER 1998/99

DM 1,-

SPD herrscht für rassistischen deutschen Imperialismus



dpa



Reuters/Bonss

Bourgeoisie setzt auf SPD-Regierung, um ihre Weltmachtrolle, Kahlschlag und Abschiebeterror voranzutreiben

Mit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion begann eine neue Periode der Weltgeschichte. Die Imperialisten sind nicht länger gezwungen, eine gemeinsame Front gegen die UdSSR aufrecht zu erhalten, was zu einer rapiden Verschärfung der imperialistischen Rivalitäten geführt hat

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

und auf einen neuen Krieg zusteuert, der alles zu vernichten droht. Die westeuropäischen Bourgeoisien sehen keinen Grund mehr für eine Fassade des „Sozialstaats“, der eingerichtet wurde, um nach dem Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg die Gefahr einer Revolution zu bannen. Bürgerliche Parteien wie die CDU, oder in Britannien die Tories, sind weniger effektiv, um die Angriffe auf die Arbeiter durchzuführen. Tatsächlich führen jetzt fast überall in Westeuropa sozialdemokratische und exstalinistische Parteien die kapitalistischen Regierungen an.

Die neue SPD-Regierung tritt als ein effektiveres Instrument des deutschen Imperialismus an, um in der Periode nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion den Sozialraub gegen die Arbeiter durchzusetzen und die Interessen des wiedervereinigten Deutschland zu verwirklichen. Der von Deutschland dominierte imperialistische Wirtschaftsblock EU dient dabei als Machtbasis gegen seine Haupttrivalen USA und Japan. Mit der Erklärung, Deutschland müsse erneut eine „selbstbewußte“ Nation sein, machten sich Schröder/Fischer gleich nach der Wahl für NATO-Bombenangriffe auf Serbien stark und stationierten weitere Truppen im ehemaligen Jugoslawien, wo die deutsche Armee im Zweiten Weltkrieg über ein Fünftel der Bevölkerung ermordet hat. Und SPD-Innenminister Schily verkündete: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“

Gleich vier Tage nach der Wahl führte die Sozialdemokratie aus, was sie vor der Wahl „versprochen“ hatte: In der SPD-Hochburg Hamburg stürmte die Polizei ein Wohnschiff von 300 Asylsuchenden. Mit der Abschiebung des

Fortgesetzt auf Seite 2

**Brecht mit der Sozialdemokratie!
Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei!**

SPD herrscht...

Fortsetzung von Seite 1

14jährigen „Mehmet“ in die Türkei – dessen Eltern seit 30 Jahren in München leben – wurde ein Exempel statuiert, daß niemand vor Abschiebung sicher ist, der nicht von „deutschem Blut“ abstammt. Der rassistische Staatsterror hat die bedrohlichen Aufmärsche von Tausenden Nazis angeheizt, deren Nährboden die Massenarbeitslosigkeit ist. Der Rassismus ist eine der Hauptwaffen der deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Lakaien, um die Arbeiterbewegung zu attackieren und zu spalten. Die Immigranten werden als Sündenbock für die Massenarbeitslosigkeit benutzt, die ein Ergebnis der kapitalistischen Profitwirtschaft ist und von der Bourgeoisie aufrechterhalten wird als Rammbock, um die Arbeitskosten zu drücken.

Die „selbstbewußte Politik“ der SPD entfachte eine Welle des Antisemitismus, als Schröder sich „zum Schutz der deutschen Unternehmen“ verpflichtete – gegen die wenigen Überlebenden der Millionen Zwangsarbeiter, die vom Dritten Reich, von Siemens, Daimler-Benz und den anderen Großkapitalisten verklavt wurden. Das war direkt grünes Licht für die Nazis, die bereits zweimal in den letzten Wochen Sprengsatz-Anschläge auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, verübten.

Im Unterschied zu Kohl und der vorherigen Generation von SPD-Führern, die zur Zeit des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion eine enge Bindung an die USA pflegten, kommen Lafontaine/Fischer aus der Führung der nationalistischen „Friedens“bewegung Anfang der 80er Jahre. Der starke Antiamerikanismus zusammen mit dem Antisowjetismus spiegelte wider, daß sich die deutsche Bourgeoisie immer weniger damit abfindet, daß sie den imperialistischen Zweiten Weltkrieg verloren hat. Augstein, der nationalistische Herausgeber des liberalen *Spiegel*, gibt die Richtung vor, wenn er über die „Monstrosität“ eines Holocaust-Denkmal in Berlin spricht und gegen „die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand“ loszieht. Und der Schriftsteller Martin Walser, der den „Friedenspreis“ erhielt, hetzte gegen eine „Instrumentalisierung“ von Auschwitz, das als „Moralkeule“ benutzt werde – die Ermordung von sechs Millionen Juden und Millionen Roma und Sinti, Homosexuellen und Kommunisten in den Nazi-KZs! Als der amtierende Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, entsetzt gegen Walser protestierte und ihn als „geistigen Brandstifter“ bezeichnete, bekräftigte

Schröder: „Ein Schriftsteller muß das sagen dürfen, der Bundeskanzler nicht“.

Die Angriffe auf die Arbeiter und der Anstieg des Nazi-Terrors sind das direkte Ergebnis der Konterrevolution in der DDR 1990 und der Sowjetunion 1991/92, durch die der bürokratisch degenerierte Arbeiterstaat UdSSR und die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas zerstört wurden. Die PDS hat in der DDR die Konterrevolution angeführt und schürt heute, im wiedervereinigten Vierten Reich des deutschen Imperialismus, ost- und großdeutschen Chauvinismus, der dem Nazi-Terror Auftrieb gibt. Der PDS-Parteichef Gysi schürt den Rassismus mit „Verständnis“ für diejenigen, „die nach Hause geschickt werden und am nächsten Tag einen Spanier oder Portugiesen auf ihrer alten Baustelle sehen“ (*junge Welt*, 16. Dezember), während *Neues Deutschland* „Debatten“ mit Nazi-Führern abdruckt – über Völkermord gibt es nichts zu diskutieren!

Wir Spartakisten haben bei den Wahlen klar gesagt: „Keine Stimme für die SPD! Keine Stimme für die PDS! Dies sind die Parteien der kapitalistischen Konterrevolution, des rassistischen Staatsterrors und des imperialistischen Krieges!“ Die SPD und die PDS sind bürgerliche Arbeiterparteien, deren durch und durch bürgerliches Programm sich nicht unterscheidet von dem anderer kapitalistischer Parteien. Was sie unterscheidet, ist ihre proletarische Basis, deren Klasseninteressen grundsätzlich im Gegensatz zu dem proimperialistischen Programm ihrer Führung stehen. Es ist unsere strategische Aufgabe, diese Arbeiterbasis von ihrer verräterischen Führung zu brechen. Marxisten verstehen, daß der Kapitalismus ein System von Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist. Die SPD-Regierung herrscht im Interesse dieser Klasse – sie ist eine kapitalistische Regierung.

Es ist die SPD, die die Massenentlassungen und die massiven Kürzungen im öffentlichen Dienst durchpeitschen will – allein in Berlin will sie sieben Krankenhäuser schließen und die Hälfte der Arbeitsplätze im öffentlichen Nahverkehr streichen. Viele Arbeiter erwarten fälschlicherweise, daß sie unter einer SPD-Regierung den Kahlschlag, den die Kohl-Regierung begonnen hat, zumindest bremsen können, und haben aus diesem Grund die Sozialdemokratie gewählt. Genau diese Illusion wird von den Pseudolinken geschürt, die allesamt die SPD/PDS unterstützen und jetzt IG-Metall-Bürokraten wie Zwickel auffordern, mehr „Druck“ zu machen. Doch man braucht sich nur das Beispiel von Frankreich anzusehen, wo die Streiks zurückgegangen sind, nachdem Jospins Sozialdemokraten an die

Fortgesetzt auf Seite 18

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 134

WINTER 1998/99

Veranstaltungen der Spartakist-Jugend

**Stoppt Nazi-Terror
durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!**

Mittwoch, den 20. Januar

Die Russische Revolution

Mittwoch, den 3. Februar

**Für Frauenbefreiung
durch sozialistische Revolution!**

Mittwoch, den 3. März

Die Veranstaltungen finden an der Humboldt-Uni, im Seminar-
gebäude am Hegelplatz, Raum 107, um 18.30 Uhr statt.

Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Kontakt zur SpAD

Berlin Telefon (0 30) 4 43 94 00

Postfach 555, 10127 Berlin

Hamburg

Telefon (0 40) 32 36 44

Bundeswehr/UNO/NATO: Raus aus dem Balkan!

Verteidigt Irak gegen imperialistischen Angriff!

Am 16. Dezember begannen USA und Britannien den Irak zu bombardieren – drei Nächte lang. Die irakische Regierung gab bekannt, daß Tausende starben. Wir Spartakisten und die Spartakist-Jugend führten sofort am nächsten Tag einen Protest an der Berliner Humboldt-Universität durch:

PDS-Chauvinismus bahnt Weg für imperialistischen Krieg

„Verteidigt Irak gegen imperialistische Angriffe! Bundeswehr raus aus dem Balkan!“ Dort erklärten wir:

„USA und Britannien bombardieren Irak. Die imperialistische SPD/Grünen-Regierung stationiert die Bundeswehr auf dem Balkan, um selbst wieder Massaker an den neokolonial unterdrückten Völkern im Interesse der deutschen Bourgeoisie zu begehen. Gleichzeitig heizen sie hier Nationalismus und Antisemitismus an. Gemeinsam mit unseren Genossen in den USA, Britannien und weltweit fordern wir: *Verteidigt Irak gegen den US-Angriff! Bundeswehr raus aus dem Balkan!*“

Die massive Bombardierung, angeordnet von Clinton, durchgeführt mit der gierigen Unterstützung des sozialdemokratischen britischen Premierministers Blair, ist nackter imperialistischer Terror. Mehr als eine Million Iraker, überwiegend Kinder, sind seit der imperialistischen ‚Wüsten‘-Schlächterei 1991 durch die UNO-Hungerblockade ermordet worden. Jetzt fallen die amerikanischen und britischen Bomben in die dicht besiedelten Gebiete von Bagdad und töten irakische Männer, Frauen und Kinder. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands fordert die arbeitenden Menschen auf, in Verteidigung des Iraks aufzustehen: Nieder mit den imperialistischen Bombardierungen! Nieder mit der UNO-Hungerblockade! Deutsche Bourgeoisie: blutige Hände weg vom Balkan!“

Dieses kapitalistische Mordsystem kann nicht reformiert werden, wie die Sozialdemokraten und ihre pseudotrotzkistische Anhängsel uns einreden wollen. Es kann nicht durch Druck dazu gebracht werden, friedlicher und menschlicher zu sein. Entgegen den reformistischen Illusionen erklärte der russische Bolschewik Lenin, daß Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus ist. Und wie Lenins Bolschewiki gezeigt haben, indem sie die Oktoberrevolution 1917 führten, kann und muß der Imperialismus durch Arbeiterrevolution besiegt werden. Für Revolutionäre hier bedeutet dies den Kampf für ein Rotes Arbeiterräte-Deutschland, den Kampf für proletarischen Internationalismus und damit auch die Entlarvung der PDS und ihrer Anhängsel als das, was sie hier betreiben: deutschen Nationalismus in der Form von Antiamerikanismus.

Die im Angriff auf Irak zum Ausdruck kommenden interimperialistischen Rivalitäten sind

direkte Folge der SED/PDS-geführten kapitalistischen Konterrevolution in der DDR 1990 und der Konterrevolution in der Sowjetunion 1991/92. Der antisowjetische Kalte-Kriegs-Block der Imperialisten ist jetzt in rivalisierende Handelsblöcke zerbrochen. Wir haben 1989/90 unsere Internationale mobilisiert und interveniert für ein Rotes Rätedeutschland durch politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie im Osten und soziale Revolution gegen die Bourgeoisie von Auschwitz im Westen. Wir haben als einzige gewarnt, daß in einem wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland bei den ersten Zeichen der Krise erneut der Faschismus und die Gefahr eines interimperialistischen Krieges, diesmal mit Atomwaffen geführt, aufsteigen werden. Und wir hatten recht.

Die damals stalinistische, jetzt sozialdemokratische PDS hatte 1989/90 nicht vergessen, daß eine beginnende proletarisch-politische Revolution am 17. Juni 1953 in Ostdeutschland ihre Macht bedroht hatte. Sie fürchtete die Herrschaft der Arbeiterklasse mehr als alles andere. Die von der SPD, Bürgerrechtlern und Nazis auf den Leipziger Montagsdemos gerufene Losung „Deutschland einig Vaterland“ wurde von der SED-PDS übernommen, die damit die Konterrevolution anführte (siehe auch *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 16, Herbst 1994).

Am Samstag, den 19. Dezember versammelten sich etwa 1000 Leute auf einer PDS-Demo, die im krassesten Gegensatz zu unserem internationalistischen, gegen die deutsche Fortgesetzt auf Seite 4



Irakische Krankenschwestern pflegen ein Opfer der Bombardierung. Durch die imperialistische Blockade wurden seit 1991 mehr als eine Million irakischer Frauen und Kinder ermordet



Reuters

Bundeswehr in Ex-Jugoslawien. Trotzlisten fordern: Bundeswehr/UNO/NATO – Raus aus dem Balkan!

Verteidigt Irak...

Fortsetzung von Seite 3

Bourgeoisie gerichteten Protest stand. Der außenpolitische Sprecher der PDS, Wolfgang Gehrcke, machte den Zweck der Demo in einer Erklärung im *Neuen Deutschland* am gleichen Tag klar: Die PDS will zur „strategische[n] Neuorientierung der deutschen Außenpolitik beitragen“. Er sprach sich dagegen aus, daß das „Gewaltmonopol des UN-Sicherheitsrates ausgehebelt [wird] wie derzeit in Kosovo und Irak“, und warf Schröder vor, daß „die Bundesregierung selbst die Grundlagen ihrer modernisierten Außenpolitik“ untergräbt.

Darin sind sich alle diese Sozialchauvinisten und imperialistischen Regierungen einig, von der PDS bis zu Schröder, Blair und Clinton: Die neokolonial ausgebeuteten Völker müssen unterdrückt werden und dem Diktat der Imperialisten bedingungslos gehorchen. Differenzen gibt es nur darüber, *wer* sie unterdrückt und *in wessen Interesse*, *wer* das Blut aus ihnen aussaugen darf. Der deutsche Imperialismus will über Balkan, Türkei und Iran an das Öl des Nahen Ostens herankommen, das von strategischem Interesse für die deutsche Bourgeoisie ist. Und die PDS protestierte an diesem Samstag gegen den Angriff der USA mit der Forderung an die imperialistische SPD/Grünen-Regierung, *aggressiver* die Interessen Deutschlands zu vertreten.

Die PDS tritt für die UNO ein, weil Deutschland und seine Verbündeten, Frankreich und Rußland, dort ein größeres Gewicht haben. 1991 kämpfte die PDS für das UNO-Hungerembargo, mit dem über eine Millionen Iraker ermordet wurden, überwiegend Kinder, Frauen und alte Menschen. Wie Lenin schon vom Vorgänger der UNO, dem Völkerbund, sagte, ist sie „eine imperialistische Räuberhöhle“. Wir erklärten: Die UNO ist ein Feigenblatt für imperialistische Schlächtere! Imperialismus ist ein mörderisches System, das auf Ausbeutung, Unterdrückung und Mord an den Arbeitern und neokolonial unterdrückten Massen beruht, um die Profite einer Handvoll unglaublich reicher Kapitalisten zu vergrößern.

SPD und PDS sind beide bürgerliche Arbeiterparteien, die Leutnants des Kapitals in der Arbeiterbewegung. Die von der PDS unterstützte imperialistische Politik der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung nach außen geht Hand in Hand mit rassistischem Staatsterror und antisemitischer Hetze, die SPD wie PDS nach innen durchführen, mit Entlassungen und Kürzungen, die sie den Arbeitern reinwürgen, mit dem Bullenterror, mit dem sie die Naziaufmärsche, wie am 1. Mai 1998 in Leipzig, schützen. Wir führen einen scharfen politischen Kampf gegen diese Klassenverräter und kämpfen für die unabhängige Mobilisierung des Proletariats, für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um den Nazi-Terror zu stoppen.

Von den pseudotrotzkistischen „Linken“, die für die Sozialdemokratie Wahlkampf gemacht haben und die Illusionen verbreiten, SPD oder PDS seien ein „kleineres Übel“, waren am 19. Dezember die Sozialistische Alternative Voran (SAV) und Linksruck mit Blöcken und die Gruppe Arbeitermacht (GAM) mit einem Verkaufsteam dabei. Die SAV hatte für die PDS Wahlkampf gemacht, Linksruck und GAM direkt für die SPD, und alle ihre Schwesterorganisationen in Britannien gemeinsam für Blair. Auf der Demo appellierte die SAV im Gleichschritt mit ihrer PDS an Schröder: „Kein Mann und keine Mark für diesen Krieg – gegen jegliche politische, militärische oder finanzielle Unterstützung der BRD!“ Diese Gruppe ist in Britannien ebenfalls für ihr pro-imperialistisches Programm berüchtigt: Nicht nur, daß sie sich *dort weigern*, den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland zu fordern, sie haben sogar den berüchtigten antikatholisch-loyalistischen Killer Billy Hutchinson gesponsert.

Linksruck verbreitete unverhüllt Antiamerikanismus in ihrem Flugblatt, das sie auf der Demo verteilten: „Kein Land hat so häufig Massenvernichtungswaffen eingesetzt wie die USA: z. B. 1945, als erstes und bisher einziges Land Atomwaffen gegen Japan; im Vietnamkrieg die chemischen Kampfstoffe Napalm und agent orange. Im Golfkrieg 1990 [sic!] Napalm.“ Kein Wort zur *deutschen* Bourgeoisie, die den größten Völkermord industriell organisierte und Millionen Juden, Roma, Sinti und Kommunisten ermordete! Damit hängt sich Linksruck an die nationalistische, antisemitische Kampagne von Walser und SPD an, die Bourgeoisie von Auschwitz weißzuwaschen.

Die GAM hatte während des Golfkrieges 1991 gelegentlich die Losung „Verteidigt Irak!“ aufgestellt. Doch bei der massiven NATO/Bundeswehr-Bombardierung der bosnischen Serben vor zwei Jahren standen sie offen im sozialdemokratischen Lager und weigerten sich, eine militärische Seite gegen die Imperialisten zu beziehen. Dies ist eine offene Zurückweisung des leninistischen Prinzips, neokolonial unterdrückte Nationen gegen imperialistische Aggression zu verteidigen. Als Lakaien der Sozialdemokratie waschen alle diese Gruppen den deutschen Imperialismus weiß. Sie alle schüren Illusionen in die Möglichkeit, den Kapitalismus zu reformieren, und sehen die *kapitalistische* Schröder-Regierung auf die eine oder andere Weise als die „ihre“ an. Lenin polemisierte während des Ersten Weltkrieges gegen den damaligen Führer des „Zentrums“, Karl Kautsky, der Druck auf die Sozialdemokratie und Einheit mit ihr predigte:

„Einheit mit den Opportunisten bedeutet jetzt *in der Praxis* Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die ‚eigene‘ nationale Bourgeoisie, Bündnis mit dieser Bourgeoisie zur Unterdrückung fremder Nationen und zum Kampf für die Großmachtprivilegien, also *Spaltung* des revolutionären Proletariats aller Länder... Nur der ist wahrhaft ein Internationalist, der gegen das Kautskyanertum kämpft und begreift, daß das ‚Zentrum‘... in Prinzipienfragen *der Verbündete der Chauvinisten und Opportunisten*

bleibt.“ (*Sozialismus und Krieg*, August 1915)

Unsere Zeitung mit den Überschriften „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!“ und „Keine Stimme für SPD, PDS!“ war dagegen unter Leuten sehr populär, die erkannten, daß sie auf der falschen Demo waren, und sich abgestoßen fühlten vom Sozialchauvinismus der PDS und ihrer Anhängsel. Während die deutschnationalen Lobpreisungen der sozialdemokratischen Redner für die UNO und gegen die USA auf die Teilnehmer herabregneten, fanden zunehmend mehr Leute die Titelseite, besonders die Entlarfung der PDS als imperialistische Kriegshetzer, zusammen mit der Rückseite „Bundeswehr/NATO/UNO: Raus aus dem Balkan!“ anziehend. Wie ein Käufer sagte: „Der Hauptfeind steht nach wie vor im eigenen Land.“

Sowohl Schröders als auch Clintons regionale Verbündete führen ihre eigene brutale Unterdrückung durch. Das zionistische Israel unterdrückt die seit langem leidenden palästinensischen Massen durch Hunger, Terror und allseitige Repression. Jetzt bedienen sie sich auch der Peitsche ihres kleinbürgerlich-nationalistischen Lakaien Arafat. Die Türkei führt einen Vernichtungskrieg gegen die zutiefst unterdrückten Kurden, die zwischen vier verschiedenen kapitalistischen Staaten aufgeteilt leben. Es ist der deutsche Imperialismus zusammen mit den USA, der die Türkei bis an die Zähne bewaffnet. Saddam Hussein ist ein antikommunistischer Schlächter der irakischen Arbeiter und Minderheiten, aber es ist die Aufgabe des irakischen Proletariats, sein despotisches Regime hinwegzufegen. Wir sagen: Vertei-

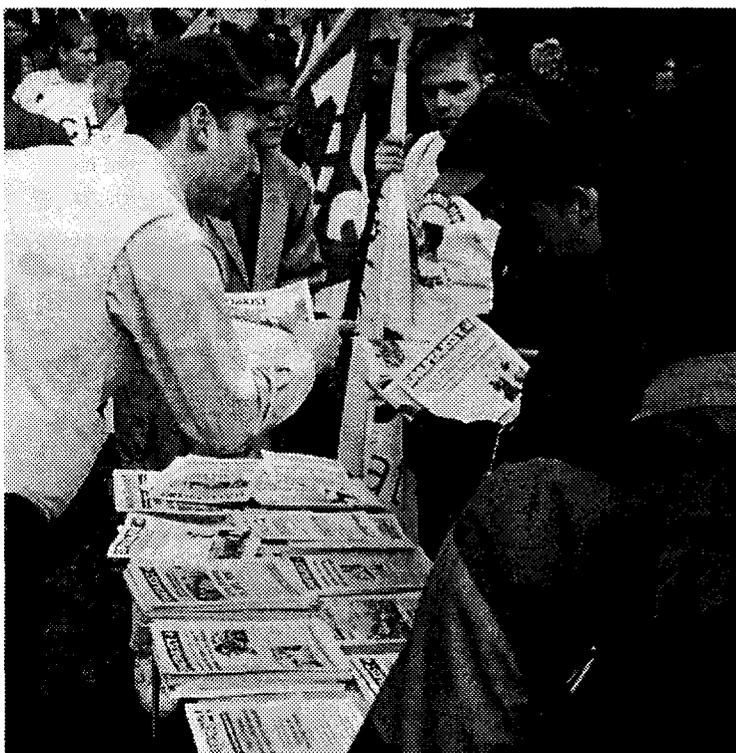


Hamburg, 21. September: Spartakisten auf Einheitsfrontprotest mit der Arbeiterkommunistischen Partei Irans gegen das reaktionäre islamische Regime Irans

digt die Palästinenser – Israel raus aus den besetzten Gebieten! Nieder mit allen Scheichs, Obristen, Mullahs und zionistischen Schlächtern! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für permanente Revolution – Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Die Macht, dieses System von Rassismus, Krieg und Ausbeutung zu zerstören, liegt in den Händen der multiethnischen Arbeiterklasse. Gegen die Sozialdemokratie, die die Arbeitenden an ihre Ausbeuter kettet, kämpfen wir Trotzisten für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, wie es die Bolschewiki Lenins und Trotzki waren, einer Partei als Volkstribun, die gegen jede Form von Unterdrückung kämpft und tief verwurzelt ist im proletarischen Internationalismus. Macht mit beim Aufbau unserer Partei, die für neue Oktoberrevolutionen kämpft, um ein für alle Mal dem imperialistischen Massenmord ein Ende zu bereiten. Verteidigt Irak! Besiegt den deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution!■

Spartakist grüßt die neuen Leser!



Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	180	182	101%
Hamburg	100	104	104%
Auf Entfernung	15	18	120%
Gesamt	295	304	103%

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
 - Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
- Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

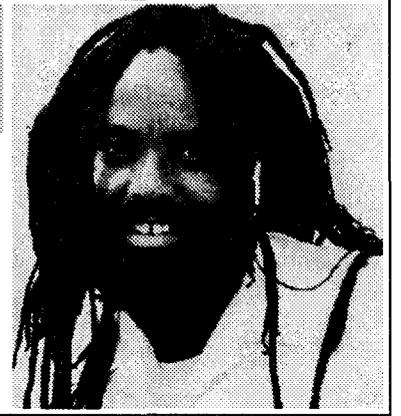
Telefon _____

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

**Freiheit für Mumia, jetzt!
Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**

Mumia Abu-Jamal in Lebensgefahr!



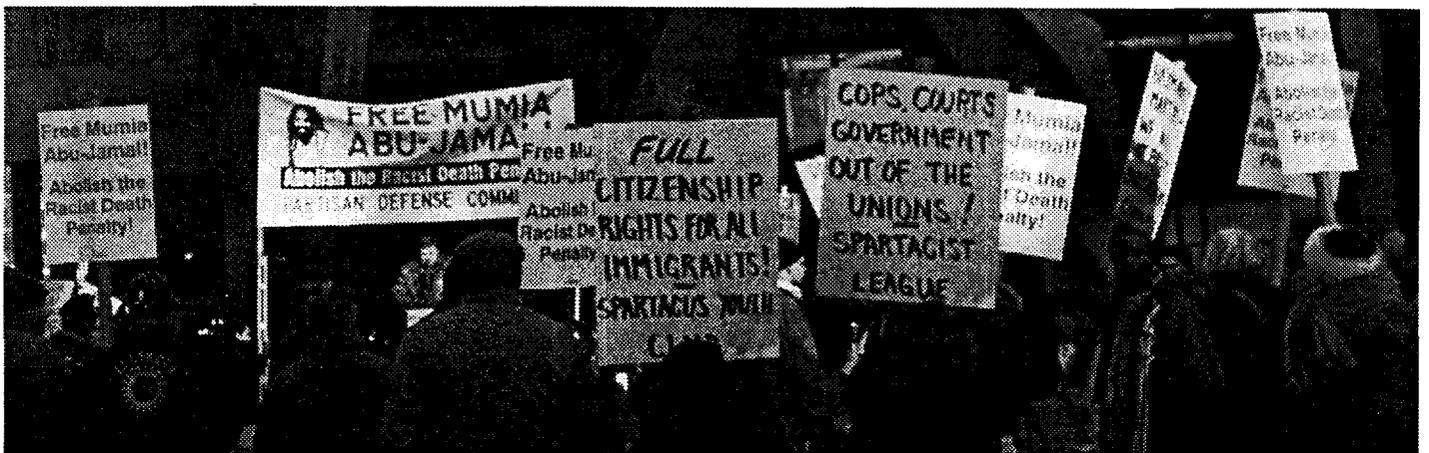
„Alle auf die Straße für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ Diesem Aufruf des Partisan Defense Committee (PDC) zu einer Demonstration von Arbeitern/Schwarzen folgte am 21. November in Chicago ein breites Spektrum von Gewerkschaftern, Jugendlichen, Linken und anderen antirassistischen Aktivisten; es gab viele Grußadressen aus den USA und der ganzen Welt. Die etwa 250 Teilnehmer sahen diesen Einheitsfrontprotest als eine Möglichkeit zu kämpfen, um Jamal aus dem rassistischen Unrechtssystem zu befreien und um ihre Stimme zu erheben gegen Angriffe der herrschenden Klasse, die sich gegen die Arbeiterklasse und Minderheiten richten. Marcellus Barnes, Sprecher der Ortsgruppe 241 der Amalgamated Transit Union (ATU – Nahverkehrsgewerkschaft) und Präsident des Black Caucus der ATU bekam großen Applaus, als er sagte: „Wir repräsentieren die arbeitenden Menschen. Wir sind diejenigen, die in vorderster Front stehen und die Botschaft weitverbreiten.“

Der Hauptvorstand der IG Medien in Stuttgart sandte Grüße, forderte „Mumia Abu Jamals sofortige Freilassung“ und erklärte: „Die Industriegewerkschaft Medien, die in Deutschland 180 000 Menschen in den Medien, in Kunst und Kultur, in den Druckbetrieben und in der Papierverarbeitung vertritt und deren Ehrenmitglied Mumia Abu Jamal ist, unterstützt vehement die Forderung nach Aufhebung der Todesstrafe gegen unseren Kollegen.“ Die Media Workers' Association of South Africa (Assoziation der Arbeiter in den Medien Südafrikas), die ebenso wie die Fachgruppe Journalismus der IG Medien Berlin-Brandenburg Mumia zum Ehrenmitglied machte, als er 1995 unmittelbar von der Hinrichtung bedroht war, schrieb: „Wir rufen die gesamte Arbeiterbewegung auf, sich gegen die Entscheidung des Staates Pennsylvania zu vereinen.“ Unter den vielen internationalen Solidaritätserklärungen waren auch Grüße der ÖTV und HBV Berlins.

Aus Hamburg schickte die Black Students' Organisation (Organisation Schwarzer Studenten) eine bewegende Solidaritätsbotschaft und erklärte: „Die Erfahrung von Kriminalisierung der Black Community und Zerstörung von gesellschaftlichen Strukturen, die sich dem rassistischen System widersetzen, wird überall auf der Welt tagtäglich zur Realität. Auch hier in Deutschland machen wir derzeit Erfahrungen mit dem Staat als Unterdrückungsmaschinerie, die Schwarze Menschen erniedrigt und körperlichen Schaden zufügt.“ Eine Grußbotschaft des Roma National Congress klagte an: „Die Methoden des amerikanischen Staates entsprechen denen des damaligen SS-Staates, mit denen Menschen nach ihrem religiösen und kulturellen ‚Leben‘ hingerichtet worden sind. Die Todesstrafe ist Barbarei und Menschenverachtung; dieses zu leugnen bedeutet mitschuldig zu werden am Tod von Abu-Jamal!“

Diese Aufrufe für Mumia Abu-Jamal von den Opfern des Dritten und Vierten Reichs des rassistischen deutschen Imperialismus sind besonders bedeutsam. Wie die Spartakisten bei Demonstrationen für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal in Berlin und Hamburg sagten: „Deutsche Bourgeoisie – Auschwitz und Babi Jar vergessen wir nie!“ Und bei unserer kürzlichen Veranstaltungsreihe zur jüdischen Frage erklärte der Redner der SpAD: „In Deutschland gibt es offiziell keine Todesstrafe. Denn nach dem Holocaust wollte ein großer Teil der deutschen Bevölkerung nicht zulassen, daß dieses mächtige Instrument in die Hände des Staates gelegt wird, und das war gut so. Allerdings wollte die Bourgeoisie von Auschwitz damit auch verhindern, daß die Nazi-Mörder hingerichtet werden, und noch heute gibt es eine Hexenjagd gegen die Verantwortlichen aus der damaligen DDR, die die Nazi-Mörder doch hingerichtet haben.“

Das PDC und seine Schwesterorganisation in Deutschland, das Komitee für soziale Verteidigung (KfSV), gründen



Workers Vanguard

Chicago, 21. November: Die vom PDC initiierte Demonstration für die Freiheit Mumias und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe zog einen entschlossenen Kern von Gewerkschaftern an

sich auf die Klassenkampf-Politik ihrer Vorläufer, der International Labor Defense (Internationale Arbeiterverteidigung) und der Roten Hilfe. James P. Cannon, ein Führer der ILD in ihren Anfängen, der später eng mit Leo Trotzki zusammenarbeitete, schrieb 1927 in seinem Artikel „Wer kann Sacco und Vanzetti retten?“ über die „Politik des Klassenkampfes“: „Sie legt das zentrale Gewicht auf die Protestbewegung der Arbeiter Amerikas und der Welt. Sie legt alles Vertrauen in die Macht der Massen und überhaupt keinerlei Vertrauen in die Gerechtigkeit der Gerichte... Die andere Politik ist die Politik der ‚Respektabilität‘, der ‚Leisetreterei‘ und lächerlicher Illusionen über ‚Gerechtigkeit‘ der Gerichte des Feindes.“

Der kapitalistische Staat hat immer wieder seine Entschlossenheit gezeigt, auf jede mögliche Weise den Kampf für Mumias Freiheit zu unterdrücken (siehe dazu das *Spartakist*-Extrablatt vom 19. November 1998, „Freiheit für Mumia, jetzt!“). Mumias Sohn Jamal Hart wurde aufgrund erfundener Anklagen für 15 Jahre ins Gefängnis geworfen, weil er für die Freiheit seines Vaters kämpft. Veronica Jones, die mutig hervortrat, um vor Gericht zugunsten Mumias auszusagen, wurde buchstäblich aus dem Zeugenstand heraus verhaftet. Bullen versuchten, Arbeitermobilisierungen für Jamal zu unterdrücken und hielten illegalerweise Mitglieder der Ortsgruppe 308 der Transportarbeitergewerkschaft ATU fest, die vor einer UPS-Zweigstelle zur Unterstützung von Jamal mobilisierten.

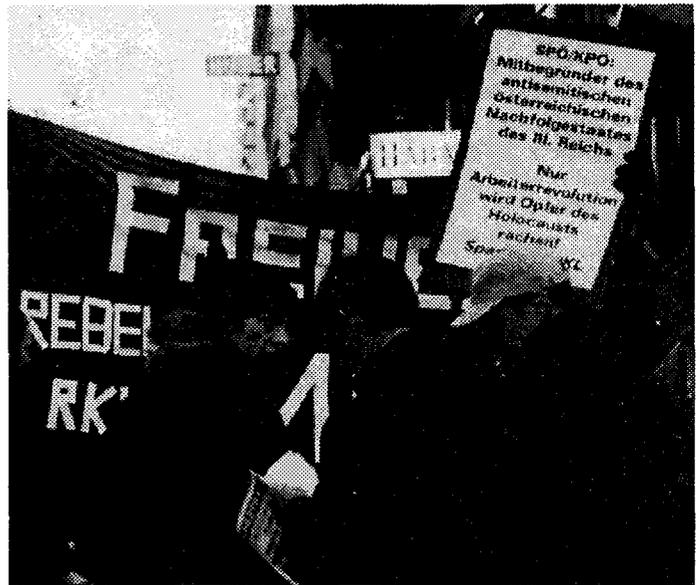
Vor wenigen Wochen produzierte der Fernsehsender ABC-TV eine Sendung über Mumia in direkter Zusammenarbeit mit der Fraternal Order of Police (FOP – Polizeibruderschaft). Jamal hatte sich geweigert, an dieser Sendung mitzuwirken, in Solidarität mit den Mitgliedern der Gewerkschaft NABET, die von den ABC-TV-Bossen ausgesperrt worden waren. Jamal beschrieb treffend den finsternen Zweck dieser Sendung, „mich ‚tötbar‘ zu machen“.

Mumia Abu-Jamal, die „Stimme der Entrechteten“, soll durch einen legalen Lynchmord zum Schweigen gebracht werden. Um dies zu verhindern, ist es dringend nötig, die Mobilisierung der Hunderttausenden Arbeiter, die schon für Mumia und gegen die rassistische Todesstrafe aufgestanden sind, auszuweiten und weiterzutragen. Nachfolgend drucken wir leicht gekürzt den Aufruf des PDC für die Chicagoer Demonstration ab:

Am 29. Oktober bestätigte der Oberste Gerichtshof Pennsylvanias die abgekartete rassistische Verurteilung, aufgrund derer Mumia vor mehr als 16 Jahren in die Todeszelle geschickt worden war. Sie wollen Mumia töten aufgrund dessen, was er repräsentiert: die Kampfansage an dieses rassistische System, das das Lebensblut so vieler Millionen Menschen aussaugt, um für die wenigen Reichen sagenhafte Profite zu sichern. *Die gesamte Arbeiterbewegung muß jetzt unter der Forderung mobilisieren: Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!*

Mumia, ein Unterstützer von MOVE, stand im Fadenkreuz der rassistischen Herrscher seit der Zeit, als er mit 15 Jahren ein Sprecher der Black Panther Party war, die durch das COINTELPRO-Programm, Terroroperation des FBI gegen schwarze Revolutionäre, zerstört werden sollte. Wenn sie damit durchkommen, Mumia zu ermorden, wird das ein Schlag gegen alle schwarzen Menschen, alle Minderheiten, alle arbeitenden Menschen sein – denn der Staat hätte dann seine Kräfte gestärkt, um gegen uns alle vorzugehen. *Die Rechte der Schwarzen und die Rechte der Gewerkschaften werden entweder gemeinsam verteidigt und erkämpft, oder sie werden getrennt zurückgeworfen.*

Diejenigen, die nach Mumias Hinrichtung schreien – von der Fraternal Order of Police Philadelphias und dem Büro des Distriktsstaatsanwalts bis hinauf zum Gouverneur – sind



Spartakist

5. Dezember: Spartakisten bei Intervention auf Wiener Demonstration für die Freilassung von Mumia

die gleichen, die Streikpostenkettens zerschlagen, Streiks brechen und versuchen, die Gewerkschaften zu kriminalisieren, die aufgebaut wurden, um unsere Jobs und unseren Lebensunterhalt zu verteidigen. Die Gewerkschaften sind die einzigen rassistisch integrierten Massenorganisationen in diesem Land. Die Bosse und ihr Staat hassen und fürchten die integrierte Gewerkschaftsbewegung, denn hier liegt die Macht, die gegen die Spaltung entlang von Rassenlinien angehen kann, die vorangetrieben wird, um die Arbeiterklasse zu schwächen. Durch eine Mobilisierung zur Zerschlagung des Komplotts gegen Mumia Abu-Jamal werden die Gewerkschaften einen riesigen Schritt tun, um zu einem Kampfinstrument nicht nur zur Verteidigung ihrer eigenen unmittelbaren Interessen zu werden, sondern aller Unterdrückten.

Als letzten Sommer die Arbeiter im Nahverkehr Philadelphias in den Streik traten, erhob Mumia aus dem Todestrakt heraus machtvoll für sie seine Stimme. Jetzt muß die gesamte Arbeiterklasse für Mumia ihre Stimme erheben und für ihn *in Aktion treten*. Jede Gewerkschaft im Gebiet von Chicago sollte dem Beispiel der Ortsgruppe 241 der Amalgamated Transit Union (ATU) folgen, die den Aufruf des Partisan Defense Committee aufgegriffen hat, eine machtvolle Einheitsfrontmobilisierung von Arbeitern/Schwarzen aufzubauen, um Mumias Freiheit und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe zu fordern.

Chicago ist eine Stadt der Arbeiter und Schwarzen. Es ist die Geburtsstätte der modernen Arbeiterbewegung. Erinert euch an die Haymarket-Märtyrer – sie wurden 1886 hingerichtet, weil sie den Kampf für Gewerkschaftsrechte und den Acht-Stunden-Tag führten. Unter diesen heroischen Kämpfern war Albert Parsons, der auch dafür kämpfte, daß die Arbeiterklasse für gleiche Rechte für schwarze Menschen eintrat. *Wir brauchen nicht noch weitere Märtyrer! Wir brauchen Mumia, zurück in den Armen seiner Familie und frei, um an vorderster Front den Kampf gegen dieses rassistische System von Armut, Krieg und Tod zu führen.*

Gewerkschaften in der Region Chicago haben eine stolze Geschichte, an der Verteidigung der Rechte von Schwarzen gegen die gewerkschaftshassenden Lynchmörder des Ku Klux Klan teilzunehmen, von der Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung im Juni 1982, die eine Nazi-Provokation gegen den Gay Pride Day auseinandertrieb, bis zur Mobilisierung im Januar 1994 in Springfield gegen eine Rassenhaß-Versammlung des KKK am Geburtstag von Martin Luther King Jr.

Fortgesetzt auf Seite 17

Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse für Mumia Abu-Jamals Freiheit

Nach der Ablehnung von Mumia Abu-Jamals Berufung durch den Obersten Gerichtshof von Pennsylvania am 29. Oktober 1998 gab es internationale Proteste. In Berlin fand vor dem US-Konsulat eine Protestkundgebung statt, in Hamburg zogen am 6. November 400 Demonstranten für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal durch die Straßen zum amerikanischen Konsulat. Die Hamburger Demo, an der u. a. die türkische TKP/ML und Linksruck teilnahmen, wurde organisiert vom Solidaritätsbündnis „Free Mumia Abu-Jamal“. Die Spartakist-Sprecherin Carola Schirm betonte auf der Kundgebung: „Wir brauchen heute ganz dringend Arbeiterproteste, denn die soziale Macht liegt in der Hand der multirassischen Arbeiterklasse, nicht nur Mumia aus dem Gefäng-

Spartakist-Intervention: Proletarischer Internationalismus kontra Antiamerikanismus

nis, sondern alle zu befreien von einem System, welches Mumia zum Tode verurteilt hat und jeden Tag unzählige andere auf der Straße tötet, durch Polizeiterror, Massenarbeitslosigkeit, schlechte Krankenversorgung und durch die Abschaffung von Sozialhilfe.“

Die Demonstrationen für Jamal waren oft durchdrungen von Antiamerikanismus, amerikanische Flaggen wurden verbrannt, als ob die schwarz-rot-goldenen Farben des Vierten Reichs besser wären. Hinter dem Antiamerikanismus der deutschen „Linken“ verbirgt sich deutscher Nationalismus, der von SPD/PDS geschürt wird. Dagegen machten wir Trotzlisten klar, daß der Hauptfeind im eigenen Land steht: „Deutsche Bourgeoisie – Auschwitz und Babi Jar vergessen wir nie!“ und „Bundeswehr/NATO/UNO: Raus aus dem Balkan!“ lauteten einige unserer Losungen. Wie Carola Schirm auf der Hamburger Demo betonte: „In Deutschland gibt es offiziell keine Todesstrafe, aber hier erschießen Polizisten auf offener Straße ein ehemaliges RAF-Mitglied wie in Bad Kleinen und einen Kurden, der Plakate klebt, in Hannover. Da springt ein Flüchtling von einem Wohnschiff in Hamburg wegen einer Polizeirazzia und ertrinkt. Und Alexander von der Black Students' Organisation wird gejagt und verurteilt, weil er eine Demonstration zur Verteidigung dieser Flüchtlinge organisiert hat. Da werden kurdische, türkische und afrikanische Flüchtlinge abgeschoben, direkt in die Kerker ihrer Henker. Da stehen wieder mordende Bundeswehrsoldaten auf dem Balkan und in Somalia. Da ermutigt eine SPD/Grünen-Regierung mit der Unter-

stützung der PDS durch ihre Abschiebungen die Nazis, ihre rassistischen Überfälle zu planen, die oft mit dem Tod der Immigranten enden, in Mölln, Solingen usw.“

Es gab Proteste, als wir davon sprachen, die Macht der multirassischen Arbeiterklasse zu mobilisieren, um für die Freiheit von Mumia zu kämpfen. Die Organisatoren der Demo argumentierten, in Deutschland könne man den Begriff Rasse nicht benutzen, weil die Nazis mit ihrem Rassenwahn sechs Millionen Juden ermordet haben.

Wie wir beim Kampf um Mumias Freiheit immer betonen, ist die Todesstrafe ein rassistisches Instrument, dessen Wurzeln im Sklavensystem der Südstaaten liegen. Wir wären nicht in der Lage, die besondere Unterdrückung und die Frage der Schwarzen in den USA zu verstehen und dagegen zu kämpfen – ganz zu schweigen von Ländern wie Südafrika oder Brasilien –, wenn wir das Wort „Rasse“ einfach aus unserem Vokabular löschten. „Rasse“ ist keine biologische Kategorie, wie es die Nazis in ihrer Völkermord-Propaganda verbreiten. Sie ist eine soziale Kategorie, deren Wurzeln im kapitalistischen System liegen. Und genau wie bei allen anderen sozialen Kategorien, die der Unterdrückung dienen, wissen Marxisten, daß eine soziale Revolution nötig ist, geführt von einer politischen Partei der Arbeiterklasse, die aus bewußten Revolutionären besteht, um diese Kategorie verschwinden zu lassen. Wie Richard Fraser, trotzkistischer Veteran und unnachgiebiger Kämpfer für die Befreiung der Schwarzen, treffend bemerkte:

„Das Phänomen Rasse existiert. Beweis: Versucht, schwarzen Menschen zu erzählen, daß es so etwas nicht gibt... Die Rasse wird dadurch Realität, daß sie die Form sozialer Diskriminierung darstellt... Deshalb ist Rasse, sehr ähnlich wie Wert [ökonomischer Wert der Ware], ein soziales Verhältnis.“

Fortgesetzt auf Seite 17



Berlin, 6. November 1998 – Auf der Demo des Autonomen Mumia-Solidaritätskomitees betonten die Spartakisten: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Spartakist

Propagandisten für Irans „Islamische Republik“ Cliff-Anhänger und islamische Reaktion

Der folgende Artikel ist eine leicht gekürzte Übersetzung aus Spartacist Canada (Nr. 117, Sommer 1998), Zeitung der Trotskyist League/Ligue trotskyste, der kanadischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

Als Teilnehmer an der Demonstration zum Internationalen Frauentag am 7. März in Toronto zum anschließenden Frauentagsfest an der Ryerson-Universität gingen, entdeckten sie, daß die feministischen Organisatoren einen Stand sowohl an die kanadische Armee – berüchtigt für ihre sadistische Folter an Somalis bei ihrem Einsatz als „friedenserhaltende“ Truppe – als auch an Propagandisten für die mörderische Islamische Republik Iran zur Verfügung gestellt hatten. Beide Provokationen wurden von Hunderten Demonstranten beendet.

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Der Protest gegen die Agenten der iranischen Regierung – auf Initiative der Arbeiterkommunistischen Partei Irans (AKPI) und unter Führung von kurdischen und persischen Frauen – hat die kanadische Linke zutiefst polarisiert. Mitglieder der Trotskyist League/Ligue trotskyste, der Ontario Coalition Against Poverty (OCAP, Ontario-Bündnis gegen Armut), von Socialist Action und der New Socialist Group beteiligten sich alle an dieser Aktion gegen das durch und durch reaktionäre theokratische Regime im Iran. Auf der anderen Seite standen mehrere andere selbsternannte sozialistische Organisationen, um die Vertreter der Ajatollahs zu verteidigen: von den ausgebrannten Stalinisten der Kommunistischen Partei bis zu den langjährigen Apologeten der iranischen Regierung in der Communist League.

Die ersten, die für die Agenten der islamischen Republik die Lanze brachen, waren die International Socialists (I. S., in Deutschland die Gruppe Linksruck), die kanadischen Anhänger von Tony Cliffs Socialist Workers Party in Britannien. Innerhalb von Tagen druckten die I. S. einen Artikel in ihrer Zeitung *Socialist Worker* ab, wo sie die AKPI und andere Linke, die die Provokation zurückgeschlagen hatten, als Schläger verleumdete, die einen „rassistischen Angriff“ gegen moslemische Frauen durchgeführt hätten!

Auch Socialist Resistance, verbunden mit der British Socialist Party von Peter Taaffe, jammerte über angebliche „Gewalt“. Als am 16. März auf einer Sitzung der OCAP ein Antrag angenommen wurde, die Aktion der AKPI „uneingeschränkt zu unterstützen“, gehörten Mitglieder von Socialist Resistance zu den ganz wenigen, die dagegen stimmten. Nach jahrelangen Manövern, sich selbst als die Führung dieses Bündnisses zu etablieren, trat Socialist Resistance aus Protest aus dem OCAP-Vorstand zurück. Wie die AKPI in einer Erklärung vom 28. März feststellte: „Socialist Resistance zog es vor, sich auf die Seite eines der berüchtigsten und repressivsten Regime zu stellen, das es heutzutage auf der Welt gibt.“

Verleumdungen der Cliff-Anhänger entlarvt

Doch die wahnsinnige Verleumdungskampagne wird weiterhin von den I. S. geführt. Anfangs versuchte es *Socialist Worker* (11. März) mit der Behauptung, daß der fragliche Büchertisch nichts mit dem iranischen Regime zu tun gehabt habe, sondern nur „ein Stand, dessen Personal aus einigen moslemischen Frauen bestand“, gewesen sei. Ein Flugblatt der Trotskyist League vom 14. März, das in der Linken breit verteilt wurde, wies diese Lüge sofort zurück.

Ein anschließender „Offener Brief an die International Socialists“ von der AKPI, einem Mitglied der I. S., das aus Protest ausgetreten war, und anderen hielt fest: „Alle Zeitschriften und Bilder auf dem Büchertisch waren voll mit Lügen, die das ‚wunderbare und erfüllte Leben‘ schilderten, das Frauen im Iran genießen, und sie alle hatten das Logo der Islamischen Republik Iran.“ Weiter heißt es in der Erklärung:

„Es gab zwei weitere Stände von traditionalistisch moslemischen Frauenorganisationen in der Halle, und sie nahmen an dem Fest ohne irgendwelchen Ärger teil. Tatsächlich befand sich einer von ihnen direkt neben dem Stand der A-KPI...“

Die Tatsache, daß die International Socialists es vorzogen, in ihrem offiziellen Organ die Fakten des Vorfalles derart falsch darzustellen, ist nichts anderes als ein Skandal. Wenn sie denken, es sei richtig, daß die Republik des

Fortgesetzt auf Seite 10



Kommunistische Korrespondenz, Vorläufer des Spartakist, Oktober 1978



Workers' Action, Zeitung der kanadischen Cliff-Anhänger, Februar 1979

Cliff-Anhänger (rechts; in Deutschland Linksruck, ISO) jubelten Chomeinis „Islamische Revolution“ von 1979 hoch, die den Frauen den Schleier aufzwang und die kurdische Minderheit (Mitte) blutig unterdrückte. Die Überschrift lautet: „Die Form – Religion, Der Geist – Revolution“. Trotzlisten kämpfen für Arbeiterrevolution im Iran!

Islamische Reaktion...

Fortsetzung von Seite 9

Iran auf dem Frauentagsfest einen Stand hat, sollten sie das offen sagen, statt die Wahrheit in der Sache falsch darzustellen, um ihre Spuren zu verwischen.“

In einem ganzseitigen Artikel von *Socialist Worker* (25. März) gab I. S.-Führer Paul Kellogg den Angriffen auf die AKPI und andere Linke eine neue Verpackung mit der Behauptung, die wirkliche Frage sei „rassistisches Abstempeln von Leuten aus dem Nahen Osten zu Sündenböcken“. Kellogg stellt die rhetorische Frage: „Selbst wenn es auf dem Frauentagsfest einen Stand gäbe, der etwas Unterstützung vom iranischen Staat hätte, würde das einen Angriff rechtfertigen?“ Er antwortet, daß ein Protest gegen ein von der Islamischen Republik gesponsertes Display „eine Konzession an die anti-islamische Kampagne der herrschenden Klasse, Sündenböcke zu fabrizieren“, sei. Also kann laut I. S. jeder linke Protest gegen das Ajatollah-Regime nur rassistisch und proimperialistisch sein!

Daß sich die I. S. als Gegner des antimoslemischen Rassismus von Kanadas herrschender Klasse hinstellen, ist die erbärmlichste Heuchelei. Wochenlang hat *Socialist Worker* die Lüge verbreitet, daß die AKPI – eine Gruppe von Exil-Linken, von denen viele selber in den Kerkern der Ajatollahs saßen – eine Schlägerbande sei, die den „Angriff eines wütenden Pöbels“ gegen Frauen angeführt hätte. Das spielt direkt in die Hände der rassistischen Herrscher, für die „Gewalt“ und „Terrorismus“ Codewörter sind für ihre Kampagne, verzweifelte Flüchtlinge und andere Immigranten auszuweisen.

Um von ihrer skandalösen Verteidigung der Ajatollah-Agenten abzulenken, loben die I. S. im nachhinein den Protest gegen die kanadische Armee auf dem Frauentagsfest. Kellogg schreibt: „Glücklicherweise hatten einige auf dem Fest genug Verstand, um zu wissen, daß dies [der Protest gegen die Islamische Republik] falsch war. Einige versuchten, das Recht der moslemischen Frauen, bleiben zu können, zu verteidigen. Andere führten einen Angriff gegen den wirklichen Feind – der Stand, dessen Personal von der kanadischen Armee gestellt wurde – und vertrieben ihn vom Fest.“ Die nicht genannten „anderen“, die die Aktion gegen die kanadische Armee führten – die TL und die OCAP – spielten auch beim Protest gegen das iranische Regime eine führende Rolle, und zahlreiche AKPI-Unterstützer beteiligten sich am Protest gegen die Armee. Die I. S. hingegen, deren eigener Tisch sich direkt gegenüber der Armee befand, machten erst mit, als Hunderte von wütenden Demonstranten sich vor der militärischen Rekrutierungsstation aufbauten.

Cliff-Anhänger unterstützen islamische Reaktion: Iran und Afghanistan

Die empörende Kampagne der I. S. gegen den Protest auf dem Frauentagsfest ist nicht vom Himmel gefallen. Schon seit Jahren versucht diese Organisation, moslemischen Fundamentalismus als „antiimperialistisch“ und sogar „revolutionär“ hinzustellen. Die gegenwärtige Periode des Aufstiegs vom politischen Islam in der historisch moslemischen Welt begann mit dem Machtantritt von Ajatollah Chomeini 1979 in Iran. Damals brachten die I. S. lobhudelnde Artikel über die „Massenbewegung“ von Chomeini-Anhängern, die den Schah stürzte, mit solchen Überschriften wie „Die Form – Religion. Der Geist – Revolution“ (*Workers' Action*, Februar 1979).

Als einzige in der Linken sagten wir, daß die Mullahs an der Macht den Frauen wieder den Tschador (den von Kopf bis Fuß reichenden Schleier) aufzwingen, wieder barbarische Strafen wie das Steinigen und Auspeitschen einführen,

ationale Minderheiten unterdrücken und die Arbeiterbewegung und Linke genauso rücksichtslos wie der Schah zerschlagen wollen. Wir sagten: „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Für Arbeiterrevolution im Iran!“ Tragischerweise wurden unsere Vorhersagen allzu wahr.

Gegen Ende des gleichen Jahres, 1979, intervenierte die sowjetische Rote Armee in den Bürgerkrieg in Afghanistan, um ein linksnationalistisches Regime zu unterstützen, das sich bemüht hatte, Reformen wie die Befreiung der Frauen vom Schleier, die Reduzierung des Brautpreises und die Möglichkeit von Schulbildung für Mädchen einzuführen. Die I. S. stellten sich auf die Seite der von der CIA unterstützten islamischen Mudschaheddin, die dafür kämpften, Frauen verklavt zu halten. Afghanistan war die Eröffnungssalve im „zweiten Kalten Krieg“ der Imperialisten, mit dem Ziel der Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates. Während Washington Zeter und Mordio schrie über den „gottlosen Kommunismus“, lieferte es massiv Waffen an die Mörderbanden der afghanischen Moslems. Hier kam für die I. S. beides zusammen: ihre Hochjubelung islamisch-fundamentalistischer Kräfte und ihre eingefleischte Feindschaft gegen die Sowjetunion. Der führende britische Cliff-Anhänger Paul Foot benutzte sogar seine Kolumne im bürgerlichen *Daily Mirror*, um die konservative Thatcher-Regierung von rechts anzugreifen, indem er die Möglichkeit an die Wand malte, daß britische Fleischexporte in die Sowjetunion an sowjetische Soldaten in Afghanistan gelangen könnten.

Im Gegensatz dazu sagten Trotzlisten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ Wir erkannten, daß diese militärische Aktion, welche Absichten die Bürokraten im Kreml auch immer haben mochten, die Möglichkeit eröffnete, die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die schrecklich unterdrückten Völker Afghanistans auszuweiten. Dieses Verständnis beruht auf der Anerkennung der Tatsache, daß die Sowjetunion trotz ihrer Degeneration unter einer stalinistischen bürokratischen Kaste weiterhin ein Arbeiterstaat war und historische Errungenschaften der russischen Arbeiterrevolution vom Oktober 1917 verkörperte, nicht zuletzt für Frauen und die historisch islamischen Völker von Sowjet-Zentralasien.

Ein Jahrzehnt später trug der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan durch die Kremlbürokratie dazu bei, dem Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa den Weg zu bahnen. Dieser Rückzug führte auch zu unsäglichem Grauen für die Frauen Afghanistans, das sie durch die Taliban und andere moslemische Fundamentalisten erleiden. Für die I. S. jedoch war der Rückzug der Roten Armee ein „Sieg“. Sie freuten sich hämisch darüber, daß „ein besiegtes Rußland die Kämpfe der unterdrückten Nationalitäten in Osteuropa und in Rußland selbst anspornen wird“ (*Socialist Worker*, März 1989). Von Ostberlin bis Moskau *bejubelten* die Cliff-Anhänger diese konterrevolutionären „Kämpfe“, die zur Restauration der kapitalistischen Ausbeutung, der Massenarbeitslosigkeit, des rassistischen Terrors und der rasant zunehmenden Angriffe auf Frauenrechte führte.

Cliff-Anhänger unterstützen islamische Reaktion: Algerien und Indonesien

Der Redakteur Kellogg von *Socialist Worker* versucht, die Anwesenheit der iranischen Regierungsvertreter auf dem Frauentagsfest in Toronto zu rechtfertigen und schreibt:

„In Wirklichkeit sollten wir den Begriff ‚islamischer Fundamentalismus‘ zurückweisen und statt dessen vom Massenphänomen *Islamismus* sprechen – eine teils religiöse, teils politische Bewegung, die seit vierzig oder fünfzig Jahren zur politischen Landschaft des Nahen Ostens gehört. Islamismus ist eine Art von Nationalismus, eine

Reaktion auf das zerstörerische Eingreifen des Imperialismus im Nahen Osten.“

Aber der Aufstieg des Islam ist kein Ausdruck von „Anti-imperialismus“, sondern vielmehr von Verzweiflung. Er ist die reaktionäre Widerspiegelung der Tatsache, daß bürgerlicher Nationalismus offensichtlich eine *Sackgasse* ist und eine kommunistische Alternative fehlt. In einem aufschlußreichen Artikel über den Aufstieg des islamischen Fundamentalismus schrieb Paul Trehwela in *Searchlight South Africa* (Juli 1989), einer linken Zeitschrift, die von Südafrikanern im Londoner Exil herausgegeben wird:

„Er ist der Schrei der unterdrückten Kreatur des späten 20. Jahrhunderts, die in rastloser Wut die Ketten um sich wickelt, weil sich bis jetzt kein bedeutendes Projekt der Befreiung gezeigt hat. Die Flut der islamischen Reaktion ist das Ergebnis des jahrzehntelangen Fehlens irgendeiner internationalen Politik, die die Dinge von Grund auf ansprechen würde...“

Die islamische Kampagne, die die Ängste und den Groll der moslemischen Armen dirigiert und manipuliert wie so vieles Rohmaterial, ist in jedem Land in den Händen von dieser oder jener Schicht von Eigentümern. Denen geht es darum, ihre Position relativ zu anderen Klassen durch ein politisches Bündnis mit den Imamen zu stärken, bei dem die Moscheen als Keimzellen einer politischen Organisation dienen, die vor allem darauf abzielt, der jüngeren Generation moslemischer Frauen den Zugang zum gesellschaftlichen Leben zu versperren.“ („Islam, South Africa and The Satanic Verses“, abgedruckt in *Women and Revolution* Nr. 37, Frühjahr 1990)

Algerien liefert ein klares Beispiel. Die Algerier gewannen einen Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich, doch der Sieg über den Kolonialismus brachte ein arbeiterfeindliches neokoloniales kapitalistisches Regime hervor, das die Ausbeutung und Unterdrückung der Massen nicht lindern konnte. Millionen wandten sich dem Islam als „Antwort“ zu. Das Ergebnis ist ein allseitiges Blutbad zwischen dem brutalen Militärregime und islamischen Fundamentalisten, das Zehntausenden Menschen das Leben gekostet hat.

Und die Cliff-Anhänger sind direkt ins islamistische Lager gegangen. Die Vernarrtheit der Cliff-Anhänger in die islamische Reaktion kam in einem längeren Artikel des britischen SWP-Theoretikers Chris Harman mit der Überschrift „The Prophet and the Proletariat“ (*International Socialism*, August 1994) auf den Punkt. Harman schreibt dort: „Die Islamisten haben jetzt die Sozialisten und die Linke als diejenigen ersetzt, die in vielen Ländern gegen den Staat Front machen“ (Hervorhebung im Original). Mit der Behauptung, daß die algerische FIS (Islamische Heilsfront) „zwischen Respektabilität und Insurrektionismus gefangen“ sei, deutet Harman noch nicht einmal an, daß das Ziel des „Insurrektionismus“ der FIS eine theokratische Diktatur ist!

Erst kürzlich haben die australischen Cliff-Anhänger angesichts der Massenproteste gegen die Suharto-Diktatur in Indonesien die tödlichen Illusionen geschürt, daß der Moslem-Führer Amien Rais „eine revolutionäre Basisbewegung in der Armee“ schaffen könnte, „um sie von unten zu spalten“ (*Socialist Worker* [Australien], 6. März). Heute machen sie für Rais Werbung, dabei begrüßen sie im nachhinein den antikommunistischen islamischen Mob, der dazu beigetragen hat, das linksnationalistische Sukarno-Regime 1965/66 zu stürzen. Sie schreiben:

„Studenten haben sich an den Unis im ganzen Land versammelt und fordern, daß die Diktatur abtritt.“

Die am meisten beeindruckende Aktion lief an der Universität von Jakarta, wo Studenten einst beim Sturz des früheren Sukarno-Regimes eine Rolle spielten.“

Ungeheuerlicherweise setzt *Socialist Worker* die Studentenproteste gegen Suharto mit dem reaktionären Mob von 1965

gleich und gibt damit ihr Einverständnis zu dem von der CIA unterstützten Blutbad, das Suharto an die Macht brachte und bei dem eine halbe Million Kommunisten, Arbeiter und ethnische Chinesen ermordet wurden!

Für permanente Revolution!

In Indonesien, Iran und anderen Ländern war der Aufstieg der islamischen Reaktion sowohl durch den Bankrott der bürgerlichen Nationalisten als auch durch den Verrat der stalinistischen Massenparteien bedingt, die ein Bündnis des Proletariats mit „antiimperialistischen“ Kapitalisten und Generälen predigten. Nach dem menschwistischen/stalinistischen Dogma der „Revolution in Etappen“ wird die Arbeiterklasse dazu aufgerufen, die bürgerlichen Nationalisten zu unterstützen, die mit der Aufgabe betraut werden, eine unabhängige kapitalistische „Demokratie“ zu schaffen. Aber in den rückständigen früheren Kolonialländern der „Dritten Welt“ ist die Bourgeoisie so sehr mit ihren imperialistischen Herren verbunden, daß sie nicht imstande ist, auch nur die grundlegendsten demokratischen Aufgaben wie die nationale Befreiung zu lösen. Wie 1965 in Indonesien mit Blut besiegelt wurde, ist eine „Revolution in Etappen“ ein Hirngespinnst, das nur zur vernichtenden Niederlage der Unterdrückten führen kann.

Unsere Perspektive ist die *permanente Revolution*: das Verständnis, daß in Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung die Lösung selbst der demokratischen Aufgaben den Sturz der Herrschaft des Kapitals erfordert. Das Proletariat muß sich im Kampf für die sozialistische Revolution an die Spitze aller Unterdrückten stellen. Dies ist untrennbar damit verbunden, die Macht der imperialistischen Herrscher durch den Kampf für die proletarische Staatsmacht in den imperialistischen Zentren zu brechen. Die Internationale Kommunistische Liga hat es sich zum Ziel gesetzt, leninistische Parteien aufzubauen als das entscheidende Werkzeug, um das Proletariat mit dem Bewußtsein und dem Ziel der sozialistischen Weltrevolution als seiner historischen Aufgabe zu bewaffnen.

Da die Cliff-Anhänger den Kräften der islamischen Reaktion ein „revolutionäres“ Potential zuschreiben, legen sie nicht einmal ein Lippenbekenntnis über die Notwendigkeit ab, das Proletariat als unabhängige Klassenkraft zu mobilisieren. Die AKPI greift sie zu Recht dafür an, daß sie „den islamischen Staat verteidigen“, und stellt die rhetorische Frage: „Müssen wir an die schändliche Position der I. S. erinnern, Chomeini zu verteidigen?“ Doch während die AKPI weit links von den meisten selbsternannten Marxisten in der Region steht, hat sie den tödlichen Rahmen der „Revolution in Etappen“ nicht überwunden.

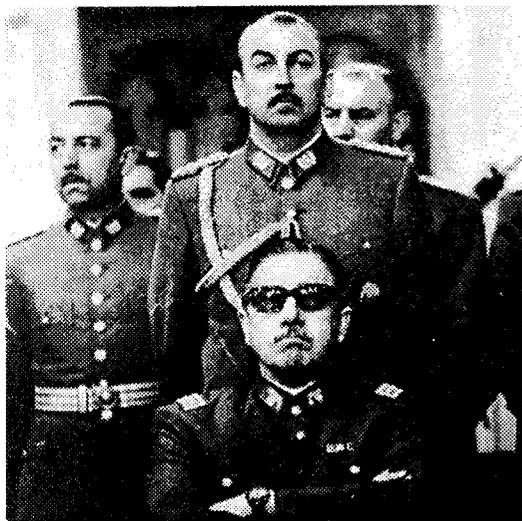
Weder die AKPI noch ihr Vorläufer, die Kommunistische Partei Irans (KPI), existierten zur Zeit von Chomeinis Aufstieg an die Macht 1978/79. Doch wenn sie über diese Periode schreibt, zieht sie einen nicht existierenden Trennstrich zwischen der „Revolution“, die den Schah gestürzt hat, und der Machtergreifung der Mullahs. Zum Beispiel erwähnt eine politische Resolution der KPI die „Erfahrung der Unterdrückung der Revolution von 1979 durch das islamische Regime“ (*Bolshevik Message*, Februar 1989). Arbeiterstreiks waren ausschlaggebend für den Sturz des Schah, aber das Proletariat wurde durch seine Irreführer – mit der entscheidenden Hilfe der iranischen Linken – den Chomeini-Anhängern politisch untergeordnet. Vor allem fehlte eine bolschewistische Partei, die die Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht sowohl gegen den Schah als auch gegen die Kräfte der islamischen Reaktion hätte führen können.

Heute ruft das Programm der AKPI mit dem Titel „Eine bessere Welt“ zum „Sturz der Islamischen Republik und zur

Fortgesetzt auf Seite 20

Arbeiterrevolution wird Terrorherrschaft rächen!

Pinochet: Massenmörder chilenischer Arbeiter und Linker



Gerretsen/Gamma

Mörderbande: Pinochet (sitzend) im Kreise seiner Militärs

Am 17. Dezember 1998 erklärte der Berufungsausschuß des Oberhauses in London – auf Antrag von Pinochets Anwälten – einen der fünf Lordrichter, der am 25. November Pinochet die Immunität abgesprochen hatte, für befangen, weil dieser nicht vorher seine enge Verbindung zu Amnesty International offengelegt hatte. Damit wurde – bis zu einer im Januar zu erwartenden neuen Entscheidung der Lordrichter – die am 9. Dezember verkündete und vielbejubelte Zustimmung des britischen Innenministers Jack Straw zum spanischen Auslieferungsantrag hinfällig.

Das Auslieferungsverfahren gegen den blutigen Diktator Pinochet wird von vielen Pseudolinken begierig aufgegriffen, um dem jeweils eigenen Imperialismus den Deckmantel der „Menschenrechte“ umzuhängen. Auch in Deutschland schüren Linke im Kielwasser der Sozialdemokratie kräftig diese Illusionen. So verlangte eine Demo am 7. November in Berlin, zu der lateinamerikanische Exilgruppen sowie verschiedene Linke und Grüne aufgerufen hatten, „von der neuen deutschen Regierung ... daß sie dem internationalen Recht Nachdruck verleiht und sich über das Außenministerium gegenüber Spanien und Großbritannien dafür einsetzt, daß Pinochet der Prozeß gemacht wird“. Und die Gruppe Linksruck (Schwesterorganisation der britischen Socialist Workers Party von Tony Cliff), die sich an dieser Demo beteiligte, wirft den Imperialisten ausgerechnet vor, daß diese Herren, die gerade den Irak bombardierten und Truppen gegen Serbien einsetzen, nicht genauso gegen die Diktatoren anderer Halbkolonien durchgreifen: „Dabei ist Pinochet genauso ein Verbrecher wie Tudjman, Milosevic oder Hussein“ (*Linksruck*, November 1998).

Der folgende Artikel ist übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 700 vom 6. November 1998.

Die „Verhaftung“ von General Augusto Pinochet am 16. Oktober 1998 in London wurde von den Opfern des ehemaligen chilenischen Militärdiktators bejubelt, die



Gerretsen/Gamma

Chiles Hauptstadt Santiago während des Putsches von 1973: Truppen treiben Linke zusammen

massenhaft auf die Straße gingen. Am 25. Oktober versammelten sich rund 35 000 Demonstranten in der chilenischen Hauptstadt Santiago und forderten, daß der Schlächter nun endlich wenigstens ansatzweise eine gerechte Strafe bekommt. Unter ihnen waren Angehörige der vielen Tausenden von Menschen, die unter der Terrorherrschaft, die nach dem Militärputsch vom September 1973 wütete, gefoltert worden waren und seitdem „verschwunden“ sind. Doch die unangebrachten Hoffnungen, daß Labour-Premierminister Tony Blair oder US-Präsident Bill Clinton – die Sprecher der imperialistischen Bourgeoisien, die Pinochet Rückendeckung gegeben hatten – diesem Massenmörder Gerechtigkeit widerfahren lassen würden, platzte nur drei Tage später.

Am 16. Oktober hatte ein britisches Gericht angeordnet, daß Pinochet unter Haus„arrest“ gestellt wird – d. h. daß eine Polizeiwache vor der exklusiven Londoner Klinik aufgestellt wurde, die er zur Behandlung aufgesucht hatte. Die Maßnahme des Gerichts war die Reaktion auf ein Auslieferungsersuchen eines spanischen Richters, um Pinochet wegen der Ermordung von spanischen Staatsbürgern während seiner Terrorherrschaft vor Gericht stellen zu können. Am 28. Oktober hob Britanniens High Court die Entscheidung der Unterinstanz auf und entschied, daß der Massenmörder wegen der Verbrechen, die er als „souveränes“ Staatsoberhaupt begangen hat, nicht vor Gericht gestellt werden könne. Pinochet wurde sofort gegen Kautions freigelassen und wird wahrscheinlich in Kürze wieder nach Santiago zurückfliegen.

Was alle beteiligten kapitalistischen Regierungen angeht, strotzte die ganze Geschichte vor Zynismus und Scheinheiligkeit. Die Vorstellung, daß das Madrider Regime, Erbe der faschistoiden Franco-Diktatur, einem ultrarechten Diktator Gerechtigkeit widerfahren lassen könne, ist bizarr. Die Blair-Regierung versuchte seit Pinochets Verhaftung, sich um eine Stellungnahme zu drücken, trotz ihres Geredes über eine „ethische Außenpolitik“, auf die niemand so sehr

hereingefallen ist wie die Labour-Anhänger im pseudolinken Lager. Fakt ist, daß Chiles starker Mann wiederholt Britannien besucht hat, um mit Margaret Thatcher, der ehemaligen Premierministerin der Konservativen Partei, ein gemütliches Schwätzchen zu halten, ohne auch nur im geringsten eine Mißbilligung seitens der Regierung befürchten zu müssen, geschweige denn seine Inhaftierung. Pinochets Nachfolger, die Regierung des christdemokratischen Ministerpräsidenten Eduardo Frei – die Pinochet Immunität gewährte, ihn sogar zum „Senator auf Lebenszeit“ ernannte

– sprach sich, wie zu erwarten, gegen seine Festnahme aus. Diese Marionette des Internationalen Währungsfonds, der Wall Street und Washingtons erhob wütendes Geschrei, daß ihre „nationale Souveränität“ verletzt werde.

Noch ominöser war, daß Sprachrohre für imperialistische „Menschenrechte“ proklamierten, dies sei „ein Arrest, der anderen Ty-

rannen als Warnung dient“ – so der Titel eines Leitartikels des Londoner *Independent* (19. Oktober) –, und sich dabei auf eine „Super-Souveränität“ beriefen, um die Ergreifung jedes beliebigen ausländischen Herrschers zu rechtfertigen, der nicht auf der Linie von Washington und London liegt. Der *Independent* trat dafür ein, daß „der lange Arm des internationalen Rechts“ sich nun auch vornehmen sollte, Serbiens Slobodan Milošević zu entführen. In den USA schrien Republikaner im Kongreß danach, den kubanischen Führer Fidel Castro zu verhaften, sobald er wieder wegen einer Versammlung der Vereinten Nationen New York besucht. Das ist keine leere Drohung, wie der US-Imperialismus gezeigt hat, als er vor acht Jahren in Panama einmarschierte, um den in Ungnade gefallenen starken Mann des Landes Manuel Noriega, einen früheren CIA-„Aktivposten“, wegen „Drogenvergehen“ zu kidnappen und ins Gefängnis zu stecken.

Solche zynischen Rechtfertigungen für imperialistisches „Law and Order“ fanden ihr Echo bei selbsternannten „Revolutionären“, die mit der kapitalistischen Ordnung ihren Frieden gemacht haben. Die französische Sektion des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats (VS), die Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), beklagte, daß es der Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin nicht gelungen war, „die Verhaftung selber vorzunehmen“, und lamentierte darüber, daß anderen „Staatskriminellen“ wie Milošević „Straffreiheit“ zuteil würde (*Rouge*, 22. Oktober). Dieser groteske Appell an die kriminelle imperialistische Bourgeoisie, die von Indochina bis Algerien Massenmorde begangen hat,

kommt nicht überraschend angesichts der langjährigen Unterstützung der LCR für Jospins Sozialisten, egal ob sie an der Regierung waren oder nicht.

Pinochet und seine vielen Handlanger und Schirmherren werden die prompte Bestrafung, die sie verdienen, nur bekommen, wenn sie vor ein Arbeitertribunal gebracht werden, das die überlebenden Opfer und die Genossen derjenigen, die von der chilenischen Bourgeoisie gefoltert und abgeschlachtet wurden, einbezieht. Dafür muß eine chilenische bolschewistische Partei geschmiedet werden – gestählt gegen den Verrat der Volksfront, dieser höchsten Form der Klassenzusammenarbeit, die Pinochets Terrorherrschaft den Weg geebnet hat –, die das Proletariat an die Macht führen kann, wobei sie alle Unterdrückten hinter sich sammelt. Nur eine Arbeiterrevolution, die sich von Chile auf den ganzen amerikanischen Kontinent ausbreitet – auch auf die Höhle des imperialistischen Löwen –, kann die schrecklichen Verbrechen rächen, die die von den Imperialisten unterstützte Pinochet-Diktatur an Arbeitern und Linken begangen hat.

Volksfront: Keine Taktik, sondern das größte Verbrechen

Pinochets Verhaftung erfolgte kaum einen Monat nach dem 25. Jahrestag des Putsches vom 11. September 1973, der die Regierung der „Volkseinheit“ (UP – Unidad Popular) des Präsidenten Salvador Allende von der Sozialistischen Partei (SP) stürzte und Allende zusammen mit Tausenden von kämpferischen Arbeitern und Linken umbrachte. Diese beiden Ereignisse haben eine Flut von Artikeln, Büchern und Filmen hervorgebracht, die im großen und ganzen Allende zu einem Idol hochstilisieren und seine Perspektive eines nationalistischen und parlamentarischen „chilenischen Weges zum Sozialismus“ glorifizieren.

Das Allende-Regime und der Putsch von 1973 waren die entscheidenden politischen Ereignisse für eine Generation von Linken auf der ganzen Welt. Die UP war eine „Volksfront“, eine bürgerliche Koalition von Allendes SP, der stalinistischen Kommunistischen Partei (KP), den bürgerlichen Radikalen und mehreren kleinbürgerlichen Parteien. Die historische vernichtende Niederlage der chilenischen Arbeiterklasse durch Pinochets Schlächter war ein tragisches Beispiel dafür, wie die Volksfront das Proletariat entwaffnet und in eine blutige Niederlage führt. In „Chile nach dem Putsch“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 2, Herbst 1974) schrieben wir:

„Eines tut also not: den sozialistischen Militanten fest einzuprägen, daß die Metzelei und Zerstörung des

Fortgesetzt auf Seite 14

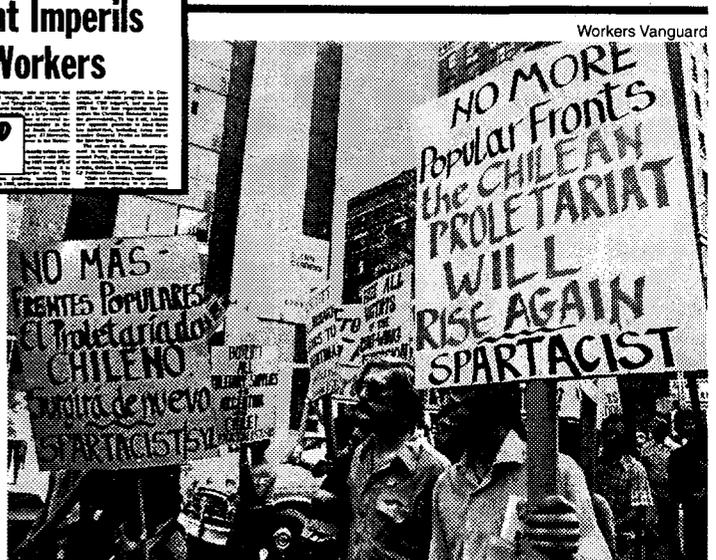


London, Oktober 1998: Angehörige der Opfer Pinochets fordern Gerechtigkeit

Pop Front Imperils Chilean Workers

WORKERS VANGUARD
Dezember 1972

Protest in New York 1976 am dritten Jahrestag des Putsches. Spartacist League/U.S. warnte von Anfang an, daß Volksfront den Weg in blutige Niederlage bahnt





Washington Post

Nur wenige Wochen vor dem blutigen Putsch im September 1973 ernannte Präsident Allende Pinochet zum Armeeführer und pries ihn als „verfassungstreu“

Pinochet...

Fortsetzung von Seite 13

September-Putsches Produkt der von den Stalinisten und Sozialdemokraten betriebenen Politik eines ‚friedlichen Übergangs zum Sozialismus‘ und ‚einer Volksfront‘ mit Teilen der Bourgeoisie sind.“

Diese Lehren hatte sich das Proletariat schon mehr als einmal mit seinem eigenen Blut erkaufte, besonders im Spanischen Bürgerkrieg der 30er Jahre, als eine „Volksfront“-regierung, die der chilenischen UP ganz ähnlich war, ebenfalls dazu diente, den revolutionären Kampf der Massen, die auf die Enteignung der Industrie und auf die Verteilung des Landes an die Bauern drängten, zu demobilisieren und zu unterdrücken. Kurz vor Beginn des Spanischen Bürgerkriegs betonte der bolschewistische Führer Leo Trotzki in einem Artikel:

„Die allerwichtigste Frage ist gegenwärtig die der Volksfront. Die linken Zentristen versuchen, diese Frage als ein taktisches oder gar ein technisches Manöver hinzustellen, damit sie mit ihrem Kram im Schatten der Volksfront hausieren gehen können. In Wirklichkeit ist die Volksfront die *Hauptfrage proletarischer Klassen-*

strategie in dieser Epoche. Sie bietet auch das beste Kriterium für die Differenz zwischen Bolschewismus und Menschewismus.“ (Leo Trotzki, „Die POUM und die Volksfront“, Juli 1936)

Die Erfahrung mit der chilenischen UP, die vom größten Teil der Linken international unterstützt wurde, bestätigte hinreichend Trotzki's Darstellung. Und diese Erfahrung ist heute genauso von Bedeutung, denn in den meisten Ländern Westeuropas sind noch weit rechtere „Volksfront“-Formationen aus sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien dafür eingesetzt worden, kapitalistische Regierungen zu stellen – wieder mit der eifrigen Unterstützung durch eine ganze Skala von pseudorevolutionären Gruppen –, um eine gegen die Arbeiter gerichtete Austeritätspolitik und gegen Immigranten gerichteten Rassismus durchzudrücken.

Allendes UP wurde 1970 auf der Grundlage eines Wahlprogramms gewählt, das vor dem Hintergrund eines enormen Aufschwungs von Klassenkämpfen weitreichende Verstaatlichungen versprach. Landlose Bauern gingen immer mehr dazu über, die riesigen Landgüter zu besetzen, während die Zahl von Arbeiterstreiks – besonders der machtvollen Arbeiter in den Kupferminen, der Stahlindustrie und bei den Eisenbahnen – drastisch anstieg. Die gewaltsame Unterdrückung durch die Bullen und das Militär schaffte es nicht, die Explosion des Klassenkampfes aufzuhalten. Das berüchtigste der Massaker war im März 1966, als Truppen unter dem damaligen Oberst Augusto Pinochet acht Kupferbergarbeiter umbrachten.

Um sein Amt antreten zu können, schloß Allende ein Abkommen mit den Christdemokraten, der dominierenden bürgerlichen Partei. In einem „Statut der verfassungsmäßigen Garantien“ versprach Allende, das Offizierskorps der Armee unangetastet zu lassen und Arbeitermilizen zu verbieten. Die Führer der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei predigten am laufenden Band Vertrauen in die angebliche „Neutralität“ des „demokratischen“ Militärs. Aber Marxisten wissen, daß der kapitalistische Staat von Grund auf ein Unterdrückungsapparat ist – Bullen, Militär und das Strafvollzugswesen –, der dazu dient, das Privateigentum und die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu verteidigen. Die chilenischen Streitkräfte, denen es um alles andere ging als um die Verteidigung des „verfassungsmäßigen Regimes“, standen an der Spitze der konterrevolutionären Kampagne, die Pinochet an die Macht brachte.

In dem Maße, wie die sozialen Spannungen in Chile sich verschärften, wurde das Land zunehmend zwischen der Arbeiterklasse und den Kapitalisten polarisiert. Die UP-Regierung unterdrückte Landbesetzungen der Bauern und setzte die Bereitschaftspolizei zur Unterdrückung von Arbeiterdemonstrationen und Streiks ein; doch ihre Unfähigkeit, die sich vertiefende Gesellschaftskrise zu lösen, brachte die Bourgeoisie nur weiter in Rage. Als die tiefe Kluft zwischen den beiden grundlegenden Klassen immer größer wurde, trieb Allendes Politik der „Mäßigung“ die verzweifelte Kleinbourgeoisie dazu, auf eine „radikale“ Lösung im



London Times

Anfang 1973 ließ die Volksfrontregierung ihre Bullen auf 4000 Streikende des Kupferbergwerks El Teniente los, die in Santiago demonstrierten

Lager der Reaktion zu setzen. Das schuf die Basis für das rapide Anwachsen faschistischer Gruppen wie Patria y Libertad, für Großdemonstrationen der Ultrarechten und für die politische Atmosphäre für den Militärputsch. Die reaktionären Mobilisierungen wurden durch eine massive CIA-„Destabilisierungs“-Kampagne aktiv unterstützt und angeheizt.

Angesichts der Offensive der Rechten versuchte die UP-Regierung vergeblich, die Kapitalisten zu beschwichtigen, während sie die Repression gegen die Arbeiter verstärkte. Nach einem „Unternehmerstreik“ durch Führerunternehmer und Ladenbesitzer 1972 holte Allende Militärführer in die Regierung und verkündete ein Gesetz, das dem Militär Razzien erlaubte, um nach Waffen zu suchen. Dieses Gesetz wurde gegen die Gewerkschaften benutzt, gegen besetzte Fabriken und gegen Arbeiterparteien, während die Faschisten ihre Waffenlager aufstokken konnten. Das Land war in einer vorrevolutionären Situation, Cordones Industriales (Arbeiterkomitees) – embryonale Formationen der Doppelherrschaft – entstanden in den Industriezentren. Während die Putschisten aktiv das Komplott gegen Allende schmiedeten, ernannte dieser den General Pinochet, einen der führenden „verfassungstreuen“ Offiziere, zum Armeechef und holte ihn in die Regierung. Sowohl politisch als auch buchstäblich haben die Sozialisten und Stalinisten das Proletariat entwaffnet und dem bevorstehenden „weißen Terror“ ausgeliefert.

Wenige Wochen später führte Pinochet den reaktionären Putsch an und entfesselte eine der blutigsten Terrorwellen in der Geschichte Lateinamerikas. Um ihr Ziel, die Vernichtung der organisierten Arbeiterbewegung, zu erreichen, errichteten die Generäle eine Terrorherrschaft, die Tausenden das Leben kostete. Unzählige weitere Tausende wurden in Konzentrationslager gesteckt, wo viele von ihnen schrecklich gefoltert wurden, und bis zu 100 000 mußten ins Exil gehen, wo sie weiterhin von Pinochets Mörderbanden und imperialistischen geheimpolizeilichen Agenturen gejagt und ermordet wurden. Um die Profite der einheimischen und ausländischen Kapitalisten zu steigern, ging Pinochets reaktionäres Regime daran, die Arbeiterklasse auf ein Niveau herabzudrücken, das nur knapp über dem Verhungern lag, und setzte eine brutale Austeritätspolitik durch, die vom „neoliberalen“ Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman an der Universität von Chicago und von seinen „Chicago Boys“ entworfen worden war.

Für eine trotzkistische Partei – Für Arbeiterrevolution!

Praktisch als einzige linke Organisation trat die Spartacist League/U.S. von Anfang an gegen die Unterstützung von Allendes Koalition der Klassenkollaboration auf. Unmittelbar nach den Wahlen von 1970 warnten wir (*Spartacist*, englische Ausgabe Nr. 19, November/Dezember 1970):

„Es ist die elementarste Pflicht für revolutionäre Marxisten, sich unversöhnlich gegen die Wahl der Volksfront auszusprechen und ihr absolut kein Vertrauen entgegenzubringen, wenn sie an der Macht ist. Jede Art von ‚kritischer Unterstützung‘ für die Allende-Koalition ist Klassenverrat, der dann, wenn die einheimische Reak-



Lehrer in ganz Chile demonstrierten im Oktober 1998 für Lohnerhöhungen. Trotz scharfer Repression haben Bergarbeiter und andere Arbeiter wiederholt Kämpfe gegen Hunger- und Kahlschlagpolitik geführt

tion mit Unterstützung des internationalen Imperialismus soweit ist, einer blutigen Niederlage der chilenischen Werktätigen den Weg bereitet.“

Der kubanische stalinistische Führer Fidel Castro, das Idol von Jack Barnes' extrotzkistischer Socialist Workers Party (SWP) in den USA, setzte sich aktiv für Allende und seinen „parlamentarischen Weg“ ein; dabei ermahnte er die chilenischen Kupferbergarbeiter, härter zu arbeiten, da ihre Bergwerke verstaatlicht worden seien, und ging sogar so weit, sich in Santiago kurz vor dem Putsch Arm in Arm mit Pinochet zu zeigen. Heute wettet Barnes' *Militant* (2. November) gegen die „flagrante Verletzung von Chiles nationaler Souveränität“, die in der Verhaftung von Pinochet zum Ausdruck komme.

Das zentristische VS, mit dem die reformistische SWP damals verbunden war, trat als linker Schwanz der Volksfront auf. Mitte der 60er Jahre schloß sich die chilenische VS-Gruppe mit einer Reihe von stalinistischen und sozialdemokratischen Gruppen zusammen und bildete die auf Castro orientierte Linksrevolutionäre Bewegung (MIR), die Allendes Wahl als „einen Schritt vorwärts für die

Fortgesetzt auf Seite 16

NEU!

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Spanische Ausgabe
Nr. 29, August 1998
56 Seiten
DM 3,- zuzüglich Porto

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

SPARTACIST

¡Por nuevas revoluciones de Octubre!
III Conferencia Internacional de la LCI
DECLARACIÓN DE PRINCIPIOS Y ALGUNOS ELEMENTOS DE PROGRAMA
LIGA COMUNISTA INTERNACIONAL (CUARTINTERNACIONALISTA)
PÁGINA 10

Sobre las orígenes y el desarrollo de las prácticas organizativas leninistas
PÁGINA 27

Estatutos y guías organizativas
LIGA COMUNISTA INTERNACIONAL (CUARTINTERNACIONALISTA)
PÁGINA 30

Sobre la agitación y propaganda
PÁGINA 32

La mujer y la revolución permanente en Sudáfrica
PÁGINA 36

Pinochet...

Fortsetzung von Seite 15

[Chile], 13. Oktober 1970) bejubelte. Anfang der 70er Jahre entstand eine neue VS-Gruppe in Chile, die zwar die Bildung von Arbeitermilizen und die Konsolidierung der Cordones Industriales forderte, aber ebenso Illusionen in das Allende-Regime schürte, indem sie an dieses appellierte, die Verstaatlichungen auszuweiten. Bis kurz vor dem Putsch 1973 weigerte sich das VS, die UP als eine Volksfront zu charakterisieren, und bezeichnete sie statt dessen als „eine reformistische Regierung mit Multiklassencharakter“, in der die reformistischen Arbeiterparteien angeblich die „Hegemonie“ hätten (*Revolución Permanente* [Chile], 15.-31. August 1973).

Hinter diesen verbalen Taschenspielertricks steckte ein Programm der Kapitulation vor der Volksfront. Wie schon Trotzki im Fall der spanischen Volksfront in den 30er Jahren – in der die Stalinisten und Sozialdemokraten ebenfalls die „Hegemonie“ hatten – nachdrücklich betont hat, ist selbst die Anwesenheit des „Schattens“ der Bourgeoisie in einer solchen Formation der Klassenkollaboration ausreichend, um ihren bürgerlichen Charakter sicherzustellen. Wenn reformistische Parteien einer solchen Koalition beitreten, wird der Widerspruch zwischen ihrer proletarischen Basis und ihrem prokapitalistischen Programm unterdrückt, und jede Wahlunterstützung für diese Parteien, egal wie kritisch, ist marxistischen Prinzipien völlig entgegengesetzt. Auf jeden Fall ist selbst eine Regierung, die sich ausschließlich aus reformistischen Parteien zusammensetzt



Captain Héctor Bonzo

Während des Falkland/Malvinas-Krieges 1982 beginnen britische Imperialisten Massenmord und versenken das argentinische Schiff *Belgrano*. Die kapitalistische Regierung von Labour-Premier Tony Blair wird Pinochet nicht einer gerechten Strafe zuführen

– wie Blairs Labour-Regierung in Britannien – eine *kapitalistische Regierung*.

Erst vor kurzem hat die sozialdemokratische International Socialist Organization (ISO) – verbunden mit Tony Cliffs SWP in Britannien – der Allende-Volksfront im nachhinein ein „linkes“ Zeugnis ausgestellt. Ein Flugblatt zu einer Diskussionsveranstaltung der ISO am 8. Oktober in New York war des Lobes voll: „Nachdem das chilenische Volk Allende, einen Sozialisten, zum Präsidenten gewählt hatte, begann es die Kontrolle über den Boden und die Fabriken zu übernehmen.“ Im Flugblatt wird den reformistischen Irreführern dadurch eine Amnestie erteilt, daß die gesamte Schuld für die Niederlage der „Revolution in Chile“ Pinochet und der CIA gegeben wird. Ein Artikel in der ISO-Zeitung *Socialist*

Worker (25. September) kritisiert Linke in Allendes Chile zynisch dafür, daß sie „ihre Hoffnung darauf gesetzt haben, die Regierung überzeugen zu können, radikaler zu sein“. Aber genau das tun die Cliff-Anhänger selber, von ihrer Unterstützung für Blairs Labour-Regierung in Britannien bis zu ihrer jüngsten Auflösung in Rifondazione Comunista in Italien, die bis vor einigen Monaten eine Hauptstütze der dortigen Volksfrontregierung war.

Die Auswirkungen der katastrophalen Niederlage von 1973 sind im heutigen Chile immer noch deutlich zu spüren. Trotz des Übergangs zu einer „parlamentarischen Demokratie“ 1990 ist Pinochet als Chef der Streitkräfte erst 1998 zurückgetreten, und Arbeiterstreiks und Protestdemonstrationen stoßen weiterhin auf brutale Unterdrückung. Vor zwei Monaten griff die Polizei eine Demonstration in Santiago anlässlich des Jahrestags des Putsches an und tötete zwei Menschen. Als im letzten Jahr 800 Kohlebergarbeiter gegen Massenentlassungen eine Protestkundgebung in der Hauptstadt abhielten, wurden auch sie von der Bereitschaftspolizei mit Tränengas und Wasserwerfern angegriffen. Landesweite Gewerkschaften sind verboten – die durchschnittliche Gewerkschaft hat nur 62 Mitglieder –, und Tarifverhandlungen sind nur auf Betriebsebene zulässig. Dennoch haben Kupfer- und Kohlebergarbeiter sich der Polizeistaatsunterdrückung widersetzt und in den letzten Jahren verzweifelte Kämpfe geführt, um ihren Lebensstandard zu verteidigen.

Das chilenische „Wirtschaftswunder“, für das imperialistische Ideologen immer Reklame machen, bedeutet für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten schreckliche Armut. Während eine Handvoll von Leuten aus der halbkolonialen Elite in Mercedes-Limousinen herumfährt, lebten 45 Prozent der Arbeiter 1994 unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, und die Reallöhne sind seitdem weiter gefallen. Frauen sind besonders brutaler Unterdrückung unterworfen: Abtreibung ist unter allen Umständen verboten, selbst wenn das Leben der Frau in Gefahr ist. Pinochets Zerschlagung der Sozialversicherungen zugunsten eines Systems der privaten Rentenvorsorge 1981 – das Gegen der Sozialversicherungswesens in den USA als Modell anpreisen – bedeutete eine massive Vermögensumschichtung von der Arbeiterklasse zur einheimischen Bourgeoisie und den Imperialisten. Der US-Versicherungsriese Aetna zum Beispiel kontrolliert mehr als die Hälfte des zweitgrößten Rentenfonds des Landes. Hinzu kommt, daß mehr als ein Drittel aller chilenischen Arbeiter überhaupt keine Ansprüche auf irgendeine Altersversorgung hat.

Da die wachsende weltweite Finanzkrise auch Südamerika zu verschlingen droht und der Horror von Pinochets Terrorherrschaft wieder im Rampenlicht steht, könnte Chile sich in ein Pulverfaß sozialer Kämpfe verwandeln. Dabei ist zu bemerken, daß die zutiefst reformistische KP in letzter Zeit bei Wahlen erheblich zulegen konnte.

Das chilenische Proletariat hat für die reformistische Politik, die von der KP und den Sozialdemokraten gepredigt wird, schon mit seinem Blut bezahlt. Es ist notwendig, eine authentisch bolschewistische Avantgardepartei des Proletariats zu schmieden – gestählt in der Gegnerschaft zu bürgerlichem Nationalismus und allen Arten der Klassenkollaboration –, die dem trotzkistischen Programm der permanenten Revolution verpflichtet ist. Um die Verbrechen der Pinochet-Diktatur zu rächen, um die arrogante chilenische Oligarchie und ihre blutrünstigen militärischen Beschützer wegzufegen, um das Joch der imperialistischen Vorherrschaft abzuwerfen, ist eine tiefgreifende sozialistische Revolution notwendig, die das Proletariat – an der Spitze aller Unterdrückten stehend – an die Macht bringt, als Teil des Kampfes für die proletarische Revolution in ganz Süd- und Nordamerika. ■

Protestdemos für Mumia...

Fortsetzung von Seite 8

Dieses Wort zu zensieren bedeutet, Mumia Abu-Jamal selbst zu zensieren, der einen machtvollen Artikel mit der Überschrift „Die Rassenfrage“ schrieb. Die deutsche Fassung des ursprünglich vom PDC produzierten Mumia-Videos ist ein Beispiel dafür: Wo Mumia von „race“ (Rasse) spricht, heißt es in der Übersetzung „rassistisch“.

Wenn Liberale und selbsternannte Linke in Deutschland argumentieren, man dürfe das Wort nicht benutzen, erkennen sie damit implizit die „biologische“ rassistische Definition der Nazis an. Sie verbreiten die Vorstellung, Faschismus sei eine Frage von „schlechten Ideen“ – die man dadurch „bekämpfen“ könne, daß man bestimmte Worte nicht benutzt. Eine solche metaphysische und klassen-„neutrale“ Vorstellung geht meist zusammen mit der Anerkennung einer „Kollektivschuld“, mit der die Arbeiterklasse für die Verbrechen der deutschen Bourgeoisie verantwortlich gemacht und die Bourgeoisie amnestiert wird. Dies soll die Kontinuität zwischen dem Dritten und Vierten Reich verwischen (siehe dazu *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998: „Holocaust, ‚Kollektivschuld‘ und deutscher Imperialismus“).

Bei einer Demo am 5. Dezember in Wien, wo etwa 200 Demonstranten Freiheit für Mumia Abu-Jamal forderten, war der Antiamerikanismus besonders krass. Es gab Sprechchöre „Hey, Hey, USA, how many times did you kill today?“ [Hey, Hey, USA, wie viele Male hast du heute getötet?] und „USA: Internationale Völkermordzentrale!“. Die Große Lüge der österreichischen Bourgeoisie lautet, daß Österreich nur ein „Opfer“ von Nazi-

Deutschland gewesen sei. Ein großer Teil der Wiener „Linken“ segelt im Kielwasser der antisemitischen Sozialdemokratie und beschönigt Haider als „Rechtspopulisten“. Wie Genosse Philipp von der Spartakist-Jugend sagte: „Die Lüge der Sozialdemokratie und der Stalinisten über die angebliche antifaschistische ‚Zweite Republik‘ dient nur dazu, die heutigen Herren der Hermann-Göring-Werke, die österreichischen Kapitalisten und Nazi-Kriegsverbrecher wie Kurt Waldheim zu schützen. Wir sagen: Zerschlagt die Haider-Faschisten durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!“

Die Cliff-Anhänger (in Deutschland Linksruck, in Österreich Linkswende) schüren schon seit Monaten mit Überschriften wie „USA: Weltterrorist Nr. 1!“ (*Linksruck*, September 1998) antiamerikanischen Chauvinismus. Ihre US-Schwesterorganisation ISO behauptet, daß die Polizei Teil der Arbeiterklasse sei und jubelt, wenn Bullen und Gefängniswärter „streiken“ – für bessere Arbeitsbedingungen für die Wärter, die Mumia im Knast drangsalieren, und die Bullen, die seinen Tod wollen?

Wie unsere Genossin auf der Demo in Hamburg sagte: „Nicht nur Einheit im Kampf, sondern auch politische Klarheit ... sind nötig, um endgültig Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen und Mumia freizubekommen. Die Spartakisten sagen, daß die Polizei der Todfeind der Arbeiterklasse ist und daß der kapitalistische Staat zerschlagen werden muß und nicht reformiert werden kann. Es geht um Mumias Leben! Wir müssen alle unsere Kräfte mobilisieren für seine Freilassung, für die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe und für die Zerschlagung des gesamten Systems von brutaler Ausbeutung, Unterdrückung und Tod!“

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 7

Es darf keine Illusionen geben, daß dem kapitalistischen Staat die Macht oder der Wille fehlen, Mumia hinzurichten. Es darf keine Illusionen geben, daß Mumia in den kapitalistischen Gerichten ein faires Verfahren bekommen könnte, trotz der massiven Beweise, daß er am Tod eines Polizisten in Philadelphia im Dezember 1981 unschuldig ist. Von der Farce eines Gerichtsverfahrens 1982 über die manipulierten Berufungsanhörungen 1995/96 bis zur letzten Entscheidung hat Jamals Fall gezeigt, daß dieses „Rechts“system durch und durch rassistisch und gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist.

Es darf auch keinerlei Illusionen in die Demokratische Partei geben, die kein Freund der Arbeiter und Schwarzen ist, sondern nicht weniger als die Republikaner eine Partei des Big Business. Clinton hat durch die Zerstörung der Sozialleistungen Millionen Frauen und Kinder zum Verhungern verurteilt. Sein Weißes Haus hat das rassistische System von „Gesetz und Ordnung“ in großem Ausmaß ausgebaut; dazu gehörten auch der „Krieg gegen Drogen“, der die Gefängnisse bis zum Überlaufen füllte, und eine massive Ausweitung der Todesstrafe. Damit die soziale Macht der Arbeiterklasse entfesselt werden kann, müssen die Arbeiter von den politischen Parteien und dem Staat unabhängig sein, die die feindliche Klasse repräsentieren. Das bedeutet auch, Bullen aus der Arbeiterbewegung hinauszuerwerfen und sich gegen die Einmischung der Gerichte zu wenden. Die Arbeiterklasse kann das rassistische Komplott gegen Jamal nicht effektiv bekämpfen mit Gewerkschaften, die von Bullen durchsetzt und von der Regierung kontrolliert sind.

Das Partisan Defense Committee ist eine nichtsektarische, klassenkämpferische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für Fälle und Anliegen

einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den Ansichten der marxistischen Spartacist League. Unser Verständnis ist es, daß Bullen, Gerichte und das Gefängnisssystem, die Mumia verfolgen und zu töten versuchen, der Kern eines Unterdrückungsapparates sind, der die Herrschaft und die Profite der besitzenden Klasse schützt. Die Todesstrafe ist die Spitze dieses Systems der kapitalistischen Unterdrückung. Und Mumias Fall symbolisiert, um was es bei der Todesstrafe geht: Sie ist schlicht und einfach legaler Lynchmord, dessen Wurzeln im Sklavensystem des Südens liegen, das durch den Bürgerkrieg zerschlagen wurde, sowie in der Unterdrückung der schwarzen Massen – seit dieser Zeit eine der Grundfesten des amerikanischen Kapitalismus.

Wir wollen so breite Kräfte wie möglich in Einheitsfrontaktionen zusammenbringen, die sich zentral auf die Arbeiterbewegung stützen – wo alle Teilnehmer das Recht haben, ihre eigenen besonderen Ansichten zu vertreten –, um Mumia zu befreien und die rassistische Todesstrafe abzuschaffen. Indem die Arbeiterklasse den Kampf für Mumias Freiheit aufnimmt, führt sie einen Schlag gegen das gesamte System, das auf der brutalen Ausbeutung der Arbeiter basiert und in der rassistischen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung wurzelt. Der Kampf für die Freiheit der Schwarzen ist zentral für die Befreiung der Arbeiterklasse selbst. Diejenigen, die arbeiten, müssen herrschen! ■

Spendet großzügig und noch heute für die Rechtsverteidigung Jamals!

Konto des Komitees für soziale Verteidigung:
Werner Brand, Commerzbank Berlin,
Konto 590 109 500, BLZ 100 400 00,
Stichwort „Jamal“.

SPD herrscht...

Fortsetzung von Seite 2

Regierung kamen. Die SPD-Regierung ist dazu da, genau aufgrund ihrer Verschmelzung mit der Gewerkschaftsbürokratie effektiver als ihre Vorgängerin den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Das ist z. B. der Zweck des Ex-Metallbürokraten Riester, der jetzt als kapitalistischer Arbeitsminister für staatlichen Streikbruch zuständig ist.

Wir Trotzlisten sind für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiter von den Bossen und vom bürgerlichen Staat. Solange die Arbeiterklasse Illusionen in die SPD als „ihre“ Partei hat, wird sie nicht in der Lage sein, für ihre eigenen Klasseninteressen zu kämpfen. Es sind SPD/PDS, die mit Hilfe ihrer chauvinistischen Gewerkschaftsbürokratie Razzien auf den Baustellen durchführen, die Arbeiter spalten und durch Klassenzusammenarbeit an die Bosse und ihren Staat ketten – auf Regierungsebene durch das „Bündnis für Arbeit“ und direkt in den Betrieben durch die Betriebsräte. Die Betriebsräte sind Organe der Klassenkollaboration, die über Gesetze und „Friedenspflicht“ die Arbeiterklasse an die kapitalistischen Bosse und den Staat fesseln und mehr und mehr die Gewerkschaften ersetzen. Die Politik von SPD und DGB-Spitzen läuft darauf hinaus, die Gewerkschaften als Werkzeuge zur Verteidigung der Arbeiterklasse zu zerstören. Wir kämpfen für Industriegewerkschaften, die alle Arbeiter einer Industrie umfassen – keine Bosse und keine Bullen! Das erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Schmiedung einer klassenkämpferischen Führung in den Gewerkschaften, deren bewußteste Elemente mit der trotzkistischen Avantgardepartei verbunden sind.

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Bei den Wahlen gewann die SPD unter vielen Arbeitern türkischer und kurdischer Herkunft Unterstützung mit dem Versprechen, die Einbürgerungsgesetze zu reformieren und mehr an die Gesetze anderer EU-Staaten anzugleichen. Doch diese Illusion ist eine Falle. Die Sozialdemokratie wird genauso wie Kohl Massenabschiebungen von Immigranten durchführen, weil sie als Handlanger der Bourgeoisie agiert, die angesichts der hohen Arbeitslosigkeit keine Verwendung für Immigranten hat, die sie als „überflüssig“ ansieht. In Frankreich kann man das in der Praxis sehen: Bei den Parlamentswahlen im Juni 1997 versprach Jospins Sozialistische Partei Aufenthaltsgenehmigungen, und etwa 140 000 „Sans papiers“ (Immigranten ohne Papiere) meldeten sich bei der Polizei in der Hoffnung, diese zu bekommen. Nur etwa die Hälfte kriegte Papiere, und alle anderen sind jetzt von direkter Ausweisung bedroht.

Mit der „Reform“ der SPD/Grünen-Regierung soll die Basis der deutschen Staatsbürgerschaft, die „Blutsabstammung“, nicht aus der Welt geschafft werden. Sie legt Ausnahmen von dieser Regel fest und ist so minimal – eine Vorbedingung ist eine langjährige Wartezeit mit vielen Auflagen –, daß sie nur einen Teil der Immigranten betrifft. Zugleich werden die Abschiebungen und die Menschenjagd an den Grenzen verschärft. PKK, kurdische Vereine und türkische Organisationen sind weiter verboten, um die politische Aktivität eingewanderter Arbeiter zu unterdrücken. Weg mit dem Verbot von PKK, DHKP-C und THKP-C! Stoppt die Abschiebungen! Recht auf Asyl für Flüchtlinge vor rechtem Terror!

Wie wir in dem Artikel „Immigration und die rassistische ‚Festung Europa‘“ (*Spartakist* Nr. 125, November/Dezember 1996) schrieben: „Eine zentrale Losung in Europa ist ‚volle Staatsbürgerrechte‘ für alle Immigranten; sie spiegelt die Tatsache wider, daß die Frage der Immigration grundsätzlich eine demokratische Frage ist, die aber für die proletarische Einheit von strategischer Bedeutung ist. Und heute

können demokratische Rechte – z. B. gleiche Rechte für Frauen, nationale Unabhängigkeit für die Kolonien, Rechte für Immigranten und Minderheiten – nur dadurch gewonnen und gesichert werden, daß das Proletariat dafür kämpft, der Bourgeoisie die Staatsmacht zu entreißen und eine sozialistische Wirtschaft zu errichten in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und jegliche Unterdrückung.“

Chauvinistische Mobilisierungen der Gewerkschaftsbürokratie – „Für deutsche Kohle“ und Aufrufe für „Arbeitsplätze für Deutsche“, die vom IG-Metall-Führer Zwickel geschürt werden – sind buchstäblich nicht zu unterscheiden von Aufrufen der Nazis. Damit treibt die Gewerkschaftsbürokratie die rückständigsten Arbeiter und arbeitslose Jugendliche in die Arme der Nazi-Mörder und dient gleichzeitig zur ideologischen Vorbereitung der Arbeiterklasse auf imperialistische Kriege. Die multiethnische Arbeiterklasse in Deutschland, mit ihrem strategisch wichtigen Bestandteil an türkischen, kurdischen und jugoslawischen Arbeitern, muß gemeinsam für ihre Interessen kämpfen, oder sie wird getrennt geschlagen werden. Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu stoppen! Für Arbeiterverteidigungsgruppen gegen Naziterror!

Die deutsche Bourgeoisie stößt bei ihrem Griff nach größeren Anteilen am Weltmarkt auf ihre imperialistischen Konkurrenten, was zu Handelskriegen und letztlich zum imperialistischen Krieg führt. Die SPD war schon beim Ersten Weltkrieg 1914 das entscheidende Instrument der deutschen Bourgeoisie, um die Arbeiter auf die imperialistische Schlachtbank zu führen. Wir fordern: Bundeswehr/NATO/UNO raus aus dem Balkan! Die Arbeiterklasse muß zu dem Verständnis gewonnen werden, daß nur der Sturz des kapitalistischen Ausbeutungssystems und die Errichtung der Diktatur des Proletariats – die Herrschaft der Arbeiter weltweit – Schluß machen kann mit imperialistischem Krieg. Wir Trotzlisten kämpfen für Oktoberrevolutionen weltweit!

Die bolschewistische Oktoberrevolution hat 1917 die Arbeiterklasse Rußlands an die Macht geführt und durch die Errichtung einer Rätewahl die Bourgeoisie als Klasse zerschlagen. Die Russische Revolution war eine Inspiration für die Arbeiter und Unterdrückten auf der ganzen Welt. In Deutschland erhoben sich 1918/19 die proletarischen Massen und gründeten Arbeiter- und Soldatenräte. Doch im Gegensatz zu Rußland hatten sich die revolutionären Spartakisten zu spät von der SPD abgespalten. Aufgrund der Schwäche der revolutionären Führung gelang es den Ebert/Scheidemann/Noske-Bluthunden von der SPD, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu retten. Die SPD organisierte die Freikorps, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordeten, und führte die blutige Niederschlagung der revolutionären Arbeiter an. Gerade aufgrund ihres bürgerlichen Programms war die SPD bei jeder Massenerhebung der Arbeiter das Hauptbollwerk gegen die Revolution.

Die syphilitische Kette der Sozialdemokratie

Wir Trotzlisten wollen die fortgeschrittenen Arbeiter zu dem Bewußtsein gewinnen, daß die Arbeiterklasse nicht einfach den existierenden Staatsapparat übernehmen und für ihre eigenen Interessen ausnutzen kann – der Kapitalismus ist ein System der Klassenherrschaft. Dieser Staat – der die Herrschaft einer Klasse verkörpert, die Diktatur der Bourgeoisie – muß zerschlagen und durch einen Staat ersetzt werden, der auf Arbeiterräten basiert, auf den Organen der proletarischen Klassenherrschaft. Darin besteht die Scheidelinie zwischen dem revolutionären Marxismus und dem reformistischen Verrat der Pseudolinken. Vorgeblich trotzkistische Gruppen wie Linksruck, Sozialistische Alternative Voran, Gruppe Arbeitermacht und andere haben zur Wahl der SPD bzw. PDS aufgerufen und damit die Lüge gestützt, daß die Sozialdemokratie die historischen Interessen des

Proletariats zum Ausdruck bringe. Die Rolle der Sozialdemokratie besteht jedoch darin, wirklichen Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu verhindern und Arbeiterwut in parlamentarischen Reformismus zu kanalisieren.

Mit Aufrufen wie „Jetzt Druck machen!“ (*Voran*, Dezember 1998) und dem Jubel „Europa ist nun rosa. Machen wir es rot!“ (*ArbeiterInnenstandpunkt*, November 1998), oder „jetzt die SPD-Grüne-Regierung durch außerparlamentarische Aktionen zur Rücknahme der Verschlechterungen unter der Ära Kohl ... zwingen“ (*Avanti*, November 1998) kommt deren reformistische Politik zum Ausdruck. Unter dem Deckmantel „Kampf gegen rechts“ besteht ihre ganze Strategie darin, auf die SPD, die sie gewählt haben, Druck auszuüben. Dieser Politik des Druckausübens liegt ihre Konzeption zugrunde, daß das kapitalistische System unter einer SPD-Regierung den Interessen der Arbeiterklasse und Unterdrückten dienen könne.

Das deutsche Kapital hat die Nazis finanziert und 1933 an die Macht gebracht, um die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen und dadurch eine Revolution zu verhindern. Die Arbeiter wurden von ihren verräterischen Führungen kampflos an Hitler ausgeliefert: Die SPD zog aus Angst vor der Arbeiterrevolution die Herrschaft der Nazis vor, während Stalins/Thälmanns KPD mit der „Sozialfaschismus“-Linie die kommunistischen Arbeiter entwaffnete und dafür sorgte, daß die sozialdemokratischen Arbeiter bei ihrer konterrevolutionären Führung blieben. Heute verbreiten die Reformisten und Zentristen die Lüge, daß die Faschisten durch eine „Einheit“ mit der SPD gestoppt werden könnten.

Ein Beispiel für Zentrismus – den Trotzki als „revolutionär in Worten, reformistisch in Taten“ charakterisierte – ist die Gruppe Spartakus (GS). Das besondere Markenzeichen der GS und ihrer Gesinnungsgenossen, der Internationalen Bolschewistischen Tendenz, ist ihre Besessenheit, die revolutionären Spartakisten der Internationalen Kommunistischen Liga zu diffamieren, während sie den Sozialdemokraten und deren reformistischen und zentristischen Anhängseln hinterherkriechen. Sie besteht aus verbitterten Ex-Mitgliedern unserer Organisation, die während des zweiten Kalten Krieges gegen die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten Anfang der 80er Jahre aus unserer Organisation einzeln davonschlichen. Konfrontiert mit der wütenden SPD-Kampagne gegen die Rote Armee in Afghanistan und der SPD-Unterstützung für die antisemitische, konterrevolutionäre Solidarność in Polen, sprangen die späteren GSler ab. Für sie reduzierte sich der Trotzkiismus fälschlicherweise darauf, der Sozialdemokratie einen antisowjetischen Treueschwur zu leisten.

Wir Trotzkiisten bestanden darauf, daß die Oktoberrevolution international auf die entwickelten kapitalistischen Länder ausgeweitet werden mußte. Wir kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats und der deformierten Arbeiterstaaten gegen innere Konterrevolution und imperialistische Angriffe, während wir klarmachten, daß nur die proletarisch-politische Revolution – der Sturz der stalinistischen parasitären Kaste und die Rückeroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse – die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR und Osteuropa hätte verhindern können. In der sich entwickelnden politischen Revolution in der DDR 1989/90, als Hunderttausende mit Bannern „Für kommunistische Ideale! Keine Privilegien“ auf die Straße gingen,

kämpften wir für den Sturz der stalinistischen Bürokratie durch die proletarisch-politische Revolution im Osten und für ihre Ausweitung durch die soziale Revolution im Westen.

Nur wir Trotzkiisten der Internationalen Kommunistischen Liga kämpften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und für eine rotes Arbeiterrätendeutschland. Als mitten in dieser Situation Nazis das Treptower Ehrenmal für die Rote Armee schändeten, riefen wir Spartakisten zu einer Einheitsfrontaktion am 3. Januar 1990 auf. Wir mobilisierten in den Betrieben, und die SED-PDS sah sich gezwungen, den Aufruf aufzugreifen. In Treptow fand vor 250 000 Arbeitern ein politischer Kampf zwischen unserem Programm „Für ein Rotes Rätendeutschland! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“ und der SED-PDS-Führung statt, die ihre Arbeiterbasis in die kapitalistische Wiedervereinigung führen wollte. Die GS wütete darüber, daß wir nicht die SDP/SPD, die offene Agentur der Imperialisten bei ihrem Drang nach Osten, zu dieser prosowjetischen Demo eingeladen hatten, und spuckte Gift und Galle über unsere War-



AP/Roland Wehrauch

ÖTV-Protest in Köln, Anfang 1998: SPD will Entlassungen fortsetzen

nung: „SPD – Trojanisches Pferd der Konterrevolution!“

Bei den jüngsten Wahlen hat die GS zwar nicht zu einer Stimmabgabe für SPD oder PDS aufgerufen, aber zugleich Propaganda herausgebracht, die die Arbeiter zur Einheit mit der SPD-Führung aufrief, mitten in deren rassistischer und sozialimperialistischer Wahlkampagne:

„Die Aufgabe von RevolutionärInnen ist es, im antifaschistischen Kampf auch die Einheitsfront mit den reformistischen Führungen von Gewerkschaften, SPD und PDS zu suchen, um sie in der Aktion mit ‚ihrer‘ Basis zu testen.“ (*Bolschewik*, April 1998)

Ihre Pose, nicht zu einer Wahl von SPD/PDS aufzurufen, ist also ein betrügerisches Manöver: Sie stellen die SPD als Achse für den Kampf gegen Faschismus dar, während dieselbe SPD rassistischen Terror gegen Immigranten und Anti-Nazi-Demonstranten organisiert. Die Politik der GS unterscheidet sich keinen Deut von ihren zentristischen Konkurrenten, die offen und in ständig wiederkehrender Leier zur Wahl der SPD aufrufen mit der Forderung: „Testet die Reformisten im Klassenkampf!“ (*Arbeitermacht*, November/Dezember 1998).

Das war auch die Politik der GS in Duisburg, wo sie sich Ende 1997 an der Bildung eines „Bündnisses“ mit Pseudotrotzkisten, Autonomen und stalinistischen/guevaristischen

Fortgesetzt auf Seite 20

Islamische Reaktion...

Fortsetzung von Seite 11

sofortigen Errichtung eines Arbeiterstaates“ auf. Doch gleichzeitig fordern sie, „dem Kapitalismus die weitreichendsten Reformen aufzuzwingen“, und landen dabei, nach anderen, fremden Klassenkräften zu suchen, die den Unterdrückten zu Hilfe kommen sollen. Man nehme zum Beispiel ihre Appelle an die Vereinten Nationen, eine imperialistische Räuberhöhle (wie Lenin ihren Vorgänger, den Völkerbund, nannte). Als Washington 1996 weitere Luftangriffe auf den Irak androhte, appellierte die AKPI an die UNO, „der Arroganz der Vereinigten Staaten ein Ende zu setzen“, und weigerte sich, das Proletariat dazu aufzurufen, dieses halbkoloniale Land gegen einen imperialistischen Angriff zu verteidigen. Wie wir immer wieder betont haben, ist der Sturz des Schlächters Saddam Hussein die Aufgabe des *irakischen Proletariats* und nicht der Imperialisten, die ihn nur durch einen anderen antikommunistischen Diktator ersetzen würden.

Zwar stellte sich die AKPI gegen die islamische Reaktion im Iran, doch in Afghanistan wollte sie nicht einmal die elementare Position beziehen, die Intervention der sowjetischen Roten Armee gegen die von der CIA bewaffneten moslemischen Mörder zu unterstützen. Darin drückt sich ihre vollkommen falsche Auffassung aus, daß die Sowjetunion Mitte der 20er Jahre „staatskapitalistisch“ geworden sei, weil die russische Arbeiterklasse es nicht geschafft habe, vollständig „die Wirtschaftsverhältnisse zu revolutionieren“. Die AKPI übernimmt ausdrücklich den nationalistischen Mythos, es sei möglich, den „Sozialismus in einem Land“

aufzubauen. Dies ist entgegengesetzt zum marxistischen Verständnis, daß das Proletariat seine Herrschaft wenigstens auf die wichtigsten imperialistischen Zentren international ausweiten muß, um zu einer sozialistischen Gesellschaft zu gelangen. Die AKPI lehnt den Kurs von Leo Trotzki's Linker Opposition ab, die dafür kämpfte, die Sowjetunion zum Programm des proletarischen Internationalismus zurückzubringen, das die bolschewistische Revolution und die frühe Kommunistische Internationale beflügelt hatte, und muß daher notwendigerweise zum katastrophalen Dogma der „Revolution in Etappen“ zurückfallen.

Im Iran 1978/79 war die Unterstützung der von den Ajatollahs geführten „Bewegung“ durch fast alle selbsternannten Linken in deren Leugnung der revolutionären Fähigkeit des Proletariats begründet. In diesem Fall standen sie Seite an Seite mit Kräften, die nicht einmal *vorgaben*, „progressiv“ zu sein. Heutzutage stellen die International Socialists zu ihrer Schande weiterhin die islamische Reaktion als eine „antiimperialistische“ und „revolutionäre“ Alternative hin. Wie wir in *Workers Vanguard* Nr. 613 vom 13. Dezember 1994 schrieben:

„Die Politik der Cliff-Anhänger ist selbstmörderisch für sie selbst und für alle Arbeiter, Jugendlichen und Frauen, die das Pech haben, von ihnen beeinflusst zu werden. Das Proletariat muß politisch um ein Programm gesammelt und gefestigt werden, das nicht die Diktatoren in Uniform durch Theokraten mit Turban ersetzt, sondern seine eigene Klassenherrschaft erreicht, damit es nicht ins finstere Mittelalter zurückgeworfen wird, sondern die Gesellschaft voranbringt zur sozialistischen Befreiung und Aufklärung.“■

SPD herrscht...

Fortsetzung von Seite 19

Immigrantenorganisationen beteiligte, als Reaktion auf wiederholte Polizeiberfälle auf linke türkische und kurdische Kulturvereine. Dieser Polizeiterror im SPD-regierten Ruhrgebiet richtet sich direkt gegen die potentiell machtvolle multiethnische Arbeiterklasse mitten im industriellen Zentrum Deutschlands. Es ist die Aufgabe von Revolutionären, klar zu sagen, daß die Verantwortung für diesen rassistischen Staatsterror bei der SPD liegt, um die Arbeiter von jeglichen Illusionen in diese Arbeiterverräter zu brechen.

Aber der Zweck des Duisburger „Bündnisses“ war es, die Wut über diesen Polizeiterror in die Bahnen der SPD zu lenken. In ihrem eigenen Aufruf zur Demo am 15. November 1997 (gegen Polizei, „übergriffe!“) erwähnt die GS mit keinem Wort die SPD, deren Bullen die Immigrantenzentren terrorisieren! Einheitsfronten können eine machtvolle Taktik für eine revolutionäre Partei sein, durch die verschiedene Organisationen in der Aktion gegen einen gemeinsamen Feind vereint werden, während sie die revolutionäre politische Unabhängigkeit und die Freiheit der Kritik der leninistischen Avantgardepartei bewahrt. Die GS hat nichts dergleichen organisiert! Sie beschränkte gezielt ihre eigene Propaganda auf das, was für ihre Wunsch-Bündnispartner (die in ihrem Mobilisierungsflugblatt für die Demo ebenfalls nicht kritisiert werden) akzeptabel ist.

Wie gefährlich solche Propagandablöcke sind, zeigte sich dann auf der Duisburger Demo, als der „Bund Internationale Kommunisten“ im Namen des Bündnisses vom Mikro aus rassistische Appelle an die Bullen richtete, schärfer gegen Drogendealer und Hütchenspieler vorzugehen. Auch die türkischen stalinistischen Organisationen, die Teil des Bündnisses waren, sind für diese Aufrufe an die Bullen mitverantwortlich, durch die die vielen Immigranten auf dieser Demo direkt gefährdet wurden. Das zeigt die selbstmörderi-

sche Konsequenz ihres reformistischen Programms: Der „Kampf gegen Drogen“ und gegen „Ausländerkriminalität“ sind genau die Schlagworte, mit denen die SPD-Bullen die PKK und andere Organisationen kriminalisieren und Immigranten abschieben.

Nachdem die GS sich unkritisch für diese Pro-SPD-Demonstration begeistert hatte, die ihr dann um die Ohren flog, wagen es diese Schurken der GS, die SpAD in ihrer Presse anzugreifen, weil unser Verkaufsteam an diesem ekelhaften Appell zur Stärkung des kapitalistischen Staates nicht teilhaben wollte und die Demo verließ. Diese Demo war die faule Frucht der Politik von GS, die SPD/PDS „in der Aktion mit ‚ihrer‘ Basis zu testen“.

Was allen Zentristen gemeinsam ist, ist ihre Unterstützung der Sozialdemokratie, die die Arbeiterklasse an den kapitalistischen Staat kettet und den Kampf des Proletariats im eigenen Klasseninteresse verhindert. Wie Lenin in *Staat und Revolution* die Aufgabe von Revolutionären definierte:

„Wir aber werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine ‚Verschiebung der Machtverhältnisse‘, sondern um den *Sturz der Bourgeoisie*, um die *Zerstörung* des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Es ist unsere Aufgabe, durch politischen Kampf gegen die reformistischen und zentristischen Organisationen diese Hindernisse für eine Revolution aus dem Weg zu räumen. Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft für die Schmiedung einer multiethnischen revolutionären Avantgardepartei – eine Partei, die wie Lenins Bolschewiki ein Volkstribun aller Unterdrückten ist und die klassenbewußtesten Elemente des Proletariats im Kampf für sozialistische Revolution zusammenschmiedet.■

Tibet...

Fortsetzung von Seite 24

Arbeiterstaates, die durch jahrzehntelange stalinistische Mißwirtschaft vorbereitet worden war, wieder erstarkt.

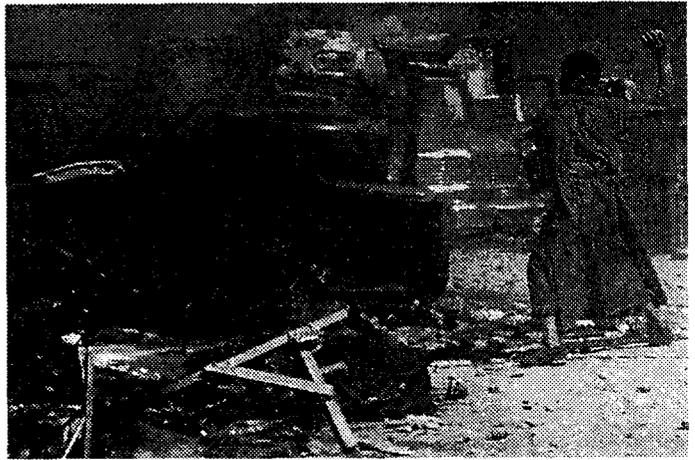
Besonders angesichts der fanatischen „Freiheit-für-Tibet“-Kampagne gegen den chinesischen deformierten Arbeiterstaat bekräftigt die trotzkistische Internationale Kommunistische Liga (IKL) erneut die Notwendigkeit der bedingungslosen militärischen Verteidigung von China gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution. Um die Verwüstungen zu stoppen, die durch die Wiedereinführung der kapitalistischen Sklaverei drohen, müssen Chinas werktätige Massen eine proletarisch-politische Revolution gegen die stalinistische bürokratische Kaste durchführen. Hierfür ist es erforderlich, eine wirklich kommunistische Partei zu schmieden, die im Internationalismus von Lenins Bolschewiki und der frühen Kommunistischen Internationale verwurzelt ist, deren revolutionäres Programm von Trotzki's Vierter Internationale weitergeführt wurde. Der Schlüssel hierfür ist das Verständnis, daß der einzige Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft des Überflusses in der möglichst schnellen Ausweitung der proletarischen Revolution auf ganz Süd- und Südostasien und nach Südkorea und Japan liegt.

Die Hölle des lamaistischen Tibets

Für die Imperialisten hat Tibet kaum geopolitische Bedeutung. Aber es stellt einen Test dar, wie weit die Stalinisten der KP Chinas noch entschlossen sind, ihre Herrschaft zu verteidigen. Die Bereitschaft des früheren sowjetischen Führers Gorbatschow, die baltischen Staaten ziehen zu lassen und, was am wichtigsten war, den „Einfluß“ der UdSSR auf Ostdeutschland aufzugeben, intensivierte den imperialistischen Druck auf die Sowjetunion und ermutigte die einheimischen Konterrevolutionäre, was letztendlich zu Jelzins proimperialistischem Putsch im August 1991 führte.

Als der Chef des US-Imperialismus Clinton im Juni 1998 Beijing besuchte, entrollte er das Banner der „Autonomie“ für Tibet – was nicht zufällig das augenblickliche Programm des Dalai Lama ist – als Teil seines Programms für ein „demokratisches“ China. Die Grünen-Politikerin Antje Vollmer, Vorkämpferin „tibetischer Menschenrechte“, distanziert sich heutzutage von Hollywood-Kämpfern und deutschen Esoterikern und versucht im Interesse des deutschen Imperialismus, zwischen ihrem Vertrauten Dalai Lama und der Beijing-Bürokratie zu vermitteln: „Mit einem Neuanfang in Tibet muß die Reduzierung der Macht des Klerus einhergehen“ (*taz*, 20. August 1998). Gestützt auf die Erfahrungen mit der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa, leistet sie mit diesem utopischen Angebot ihren Beitrag für das Vordringen des deutschen Kapitals nach China.

Der überwältigenden Postkartenschönheit von „Shangri-La“ [dem Tibet nachempfundenen Paradies eines Romans der 30er Jahre] zum Trotz hat Tibet nur minimalste Grundlagen für eine Besiedlung durch Menschen, eine Realität, die zur Entwicklung einer Gesellschaft mit unverwechselbaren Zügen beigetragen hat, zum größten Teil isoliert vom Rest der Welt und von solchen modernen Störungen wie Alphabetisierung, medizinische Versorgung und Zivilisation im allgemeinen. Geformt durch die Verschmelzung einer Aristokratie, ähnlich der des Feudalismus, mit einem riesigen Priesterstand, der zu manchen Zeiten mehr als 20 Prozent der männlichen Bevölkerung umfaßte, herrschte die Lamakratie Jahrhundertlang bis 1959 über eine Gesellschaft von Bauern und Hirten. Erst dann, neun Jahre nach dem Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) in dieses Gebiet, begann die Beijinger Bürokratie in Tibet grundlegende Reformen einzuführen.



ASUP/Visions/Focus

1987: Reaktionäre buddhistische Mönche wüten in Lhasa, Hauptstadt von Tibet

Die Theokratie in der tibetischen Hauptstadt Lhasa dominierte die Gesellschaft so effektiv und brutal, daß keinerlei historische Beispiele bekannt geworden sind für episodische Bauernaufstände, wie sie für die vorkapitalistischen Gesellschaften in der übrigen Welt charakteristisch waren. In der Tat gibt es keine historischen Aufzeichnungen über irgendwelche Unruhen. Es ist ein Maßstab für die Intensität der Unterdrückung und Ausbeutung im lamaistischen Tibet, daß das, was wahrscheinlich die proportional größte und faulste herrschende Schicht in der Menschheitsgeschichte gewesen ist, wirtschaftlich durch Bauern, die Gerste anbauen, und Viehhirten, die Yak-Rinder halten, am Leben gehalten wurde. Im wesentlichen bedeutete dies die Arbeit von Frauen, denn sowohl die Mönche als auch ein nicht unerheblicher Teil der männlichen Bevölkerung, der das mönchische Leben nachahmte, nachdem er durch die Zeugung von Kindern „gesündigt“ hatte, widmeten sich nur der inneren Einkehr.

Nach der Besetzung von Tibet durch die VBA im Jahre 1950 benutzte der amerikanische Imperialismus – wobei es parallele Bemühungen durch die herrschenden Klassen von Indien, Taiwan und Japan gab – Tibets herrschende Schicht und deren Furcht vor der geringsten Reform, um Widerstand gegen den frisch geschaffenen chinesischen deformierten Arbeiterstaat zu schüren. 1959 kam es in Chinas Sichuan-Provinz, die im Osten von Tibet liegt, zu einer Rebellion, die von der CIA angestiftet, bewaffnet und finanziert wurde und deren Höhepunkt ein Aufstand der Mönche und Mitglieder des Adels in Lhasa war. Dieses Unternehmen – das nur scheitern konnte – wurde von den USA zynisch inszeniert, einfach nur um China Ärger zu machen. Gegen das imperialistische Gezeter wegen des „armen kleinen Tibets“ traten die Trotzkiisten standhaft für die Verteidigung Chinas ein („Tibet: Maos Afghanistan“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 7/8, Sommer 1980).

Der Aufstand wurde zerschlagen, der Dalai Lama floh nach Indien und die KPCh löste umgehend seine Verwaltung auf – die „Tibetische Lokalregierung“ –, die 1951 gebildet worden war. Erst jetzt ging Mao daran, die Ulag (Frondienste der Bauern), die Sklaverei und die unendliche Zahl von Steuern, die an die Aristokratie und die Klöster zu zahlen waren, abzuschaffen. Bis dahin hatten sich die Klöster einfach Kinder genommen, um die Mönchsbevölkerung aufzufüllen, während die Dörfer gezwungen waren, Kinder für staatliche Funktionen in Lhasa herzugeben, wobei Jungen, die auf diese Art und Weise „geschenkt“ worden waren, von den Mönchen als Gespielen genommen wurden. Das Land, der Viehbestand und die Ackerbaugeräte der Aristokraten, die ins Exil flohen, wurden an die Bauern verteilt,

Fortgesetzt auf Seite 22

Tibet...

Fortsetzung von Seite 21

genauso wie das Land und das Vieh der Klöster, die sich am Aufstand beteiligt hatten. Wie ein häufiger Besucher der Region das nachrevolutionäre Tibet beschrieb: „Wenigstens sieht man jetzt keine ausgezehnten, in Lumpen gehüllte Leibeigene mehr, die den Müll eines Adligen tragen, der warme Kleidung, Türkisringe und Goldarmbänder trägt“ (*Guardian*, 29. Dezember 1973, zitiert in A. Tom Grunfeld: „The Making of Modern Tibet“ [Die Schaffung des modernen Tibets], 1996).

Selbst die bescheidenen Reformen, die unter der Herrschaft der KPCh eingeführt worden waren, wurden durch Sabotage von Seiten der übriggebliebenen tibetischen Aristokraten und durch die engstirnige Politik der stalinistischen Bürokratie, die durchsetzt war mit chinesischem „Groß-Han“-Chauvinismus, noch abgeschwächt. Die Adligen, die blieben, erhielten Entschädigungen für ihr Eigentum, ebenso die „loyalen“ Klöster, die seitdem Subventionen vom chinesischen Staat bekamen. Maos „Großer Sprung nach vorn“ Ende der 50er Jahre – eine utopische Kampagne, um China durch Masseneinsatz unqualifizierter Bauern in den Stand einer fortgeschrittenen Industriemacht zu katapultieren – unterminierte in starkem Maße die landwirtschaftlichen und sozialen Reformen. Indem utopische Sprücheklopferi an die Stelle von materieller Realität gesetzt wurde, brachte dieser Sprung *rückwärts* die industrielle und landwirtschaftliche Produktion zum Stillstand, was zu einer schrecklichen Hungersnot in ganz China führte.

Später, während der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“, die Mitte der 60er Jahre begann, als Mao Millionen von Studenten mobilisierte, um seine Position in einem innerbürokratischen Fraktionsstreit zu stärken, waren die Tibeter heftigem Groß-Han-Chauvinismus ausgesetzt. Im Verlauf dieser völlig falsch bezeichneten Kampagne, die sich gegen alles „Ausländische“ richtete und gegen solche „kapitalistischen“ Einflüsse vorging wie die akkumulierten wissenschaftlichen Kenntnisse und gegen klassische Musik, wurden die tibetische Sprache und Nationaltracht (einschließlich der typischen Frisuren) verboten. Ein Großteil von dem, was zum Kern der tibetischen „Kultur“ gehört hatte – Klöster, religiöse Kunstwerke und Schriften –, wurde einfach zerschlagen und zerstört, auch wenn dies den positiven Nebeneffekt hatte, Mönche dazu zu zwingen, tatsächlich arbeiten zu müssen. Durch staatliche Beschlüsse wurden nomadische Hirten über Nacht in Bauern „verwandelt“ und die Bauernschaft wurde in großen Landwirtschaftskommunen organisiert, denen es nicht nur an Maschinen fehlte, sondern auch am notwendigen Boden, um großflächige Landwirtschaft zu betreiben. Wie vorherzusehen, gab es derartige Beeinträchtigungen der landwirtschaftlichen Produktion, daß 1981 ein Fünftel der Bevölkerung Tibets auf Hilfslieferungen der Zentralregierung angewiesen war, allein um überleben zu können.

Deng Xiaopings Aufstieg zur Macht kurz nach Maos Tod war begleitet von der Aufhebung von Han-chauvinistischen Einschränkungen gegenüber der tibetischen Sprache, Kleidung und Haartracht. Die Klöster wurden wieder aufgebaut und neu ausgestattet, die müßiggängerischen Mönche kamen in Scharen zurück und zählen im Augenblick rund 40–50 000. Zur gleichen Zeit haben die „Marktreformen“, die unter Deng eingeführt wurden, die Han-Privilegien in diesem Gebiet verstärkt, genauso wie die Abneigung der meisten Tibeter gegen ihre Besatzer. Die wachsende Präsenz der VBA mit ihren relativ gut bezahlten Offizieren und Soldaten und deren Familien sowie ihre vorherrschende Rolle in den neugegründeten Unternehmen (die in Tibet hauptsächlich auf Tourismus ausgerichtet sind) hat auch zu

einem Zuzug von han-chinesischen Unternehmern geführt, die han-chinesische Arbeiter beschäftigen.

Die realen Errungenschaften für die tibetischen Massen aufgrund des Exportes der Chinesischen Revolution von 1949 – von der Einführung einer modernen Gesundheitsversorgung bis zur Etablierung eines Minimums an Ausbildung, wodurch das Analphabetentum von 90 Prozent auf ungefähr 45 Prozent reduziert wurde – existieren Seite an Seite mit weiterhin schreiender Ungleichheit. Tibetische Bauern und Hirten verdienen im Durchschnitt umgerechnet rund 115 DM im Jahr, 79 Prozent der tibetischen Frauen im gebärfähigen Alter können nicht lesen und schreiben. Solche krassen Unterschiede nehmen durch die Einführung kapitalistischer Markt„reformen“ rapide zu.

Hollywood trommelt für Konterrevolution

Im vollen Bewußtsein der Möglichkeiten, die sich durch die Politik der Bürokratie der KPCh ergeben, die immer mal wieder Diskussionen über den Status von Tibet führt, hat der Dalai Lama sich von seinen früheren Forderungen nach Unabhängigkeit, die er nach der antisowjetischen Annäherung zwischen den USA und Maos China Anfang der 70er Jahre immer seltener erhoben hatte, „weiterentwickelt“. Jetzt hat der Gottkönig seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, über irgendeine Art von „Autonomie“-Vereinbarung zu feilschen, ab und zu hört man von ihm auch Statements, die die Modernisierungen und sogar eine gewisse Art von „Sozialismus“ billigen. Zur gleichen Zeit haben die Adligen und Lamas, die die tibetischen Exilgemeinden auf dem indischen Subkontinent aufrechterhalten, nach der endgültigen Zerstörung der russischen Oktoberrevolution 1991/92 zunehmend versucht, internationalen Druck für die Unabhängigkeit Tibets zu mobilisieren.

Diese Entwicklungen haben einen bunten Haufen von Leuten aus der amerikanischen Unterhaltungsbranche dazu gebracht, sich für den reaktionären antikommunistischen Kreuzzug gegen China einzusetzen. Bekannt ist Richard Gere, der Schauspieler und zeitweilige Schüler des Dalai Lamas, der sich vorgenommen hat, Tibet „in den USA zu einem geläufigen Ausdruck wie Ariel oder Meister Propper zu machen“. Gere scheint jedoch vor kurzem im inneren Zirkel des Dalai Lamas abgelöst worden zu sein. Wenn man Christopher Hitchens' Bericht in der Zeitschrift *Nation* (27. Juli 1998) Glauben schenken kann, dann ist „Steven Seagal, der wie ein schwachsinniger Roboter agierende ‚Schauspieler‘, der uns Filme wie ‚Hard to Kill‘ und ‚Under Siege‘ bescherte, zu einem reinkarnierten Lama erklärt worden“. Hitchens merkt an, „Überlegungen, daß Seagals Vermögen hilfreich dafür war, ihn zum himalayaischen Status eines Tulku [heilige Person] zu erheben, werden selbst von einigen Anhängern und Eingeweihten nicht für völlig abwegig erklärt“.

Diese Jet-Set-„Künstler“, die unweigerlich ihre Gurus an innerer Leere übertreffen, möchten gern ihrer Sammlung von Anliegen und extravaganten Spielzeugen ein Tibet hinzufügen, das „au naturel“ erhalten werden müsse, ein Disneyland, wo friedliche und einfache Menschen in „organischen“ Beziehungen leben, die noch unverdorben von der „Zivilisation“ sind. In Wirklichkeit verteidigen sie eine Gesellschaft, die noch vor wenigen Jahrzehnten so von Krankheiten heimgesucht war, daß schätzungsweise 90 Prozent der Bevölkerung an Geschlechtskrankheiten litt; eine Gesellschaft, wo in armen Familien die Frau vom Ehemann mit seinen männlichen Verwandten geteilt wurde und bei reichen Männern zu der Reihe von Ehefrauen hinzugefügt wurde; eine Gesellschaft, wo das Leben brutal, hart und kurz war und wo den Massen nicht die geringste Hoffnung auf Besserung oder irgendeine Art von Veränderung angeboten wurde. Und diese Gesellschaft, oder eine, die ihr stark ähnelt, würde wieder entstehen, wenn die Exil-Lamas/

Adligen in einem „unabhängigen“ Tibet wieder an die Macht kämen.

Um zu betonen, wie wichtig es für das chinesische Proletariat ist, gegen den Han-Chauvinismus der stalinistischen Bürokratie anzukämpfen und für das Recht der Tibeter, der moslemischen Uiguren Xinjiangs und anderer nationaler und ethnischer Minderheiten einzutreten, haben wir die Forderung aufgestellt für „das Recht auf Unabhängigkeit für eine tibetische Sowjetrepublik“ („China am Scheideweg: Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Winter 1997/98). Angesichts der sozialen Bedingungen in Tibet ist diese Forderung jedoch falsch. Es gibt im Augenblick keinerlei Basis für irgendein unabhängiges Tibet, wo es weder eine einheimische Kapitalistenklasse gibt – noch nicht einmal eine kapitalistische Schicht von Kompradoren – noch eine Arbeiterklasse von irgendeiner Bedeutung. Es gibt keinen Weg, um auch nur bestimmen zu können, was die Massen in Tibet wollen könnten. Die werktätige Bevölkerung – Bauern und Viehhirten – bleibt unorganisiert, politisch stumm und isoliert in einer Vielzahl von kleinen Dörfern und Siedlungen.

In *Permanente Revolution* schrieb der bolschewistische Führer Leo Trotzki 1930:

„Unter den Bedingungen des imperialistischen Zeitalters kann die nationaldemokratische Revolution nur dann bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden, wenn die sozialen und politischen Verhältnisse des Landes reif dazu sind, das Proletariat als den Führer der Volksmassen an die Macht zu stellen. Und wenn dieses noch nicht der Fall ist? Dann wird der Kampf um die nationale Befreiung nur sehr geteilte, und zwar gegen die werktätigen Massen gerichtete Resultate ergeben.“

Wie im Fall von anderen schrecklich rückständigen Ländern, z. B. Afghanistan, kann selbst ein Mindestmaß von Modernisierung nur von außen kommen. Das ist der Grund, warum wir zur Zeit der sowjetischen Militärintervention gegen die von der CIA unterstützten feudalistischen Reaktionsäre in Afghanistan 1979 die Forderung aufstellten: „Hoch die Rote Armee! Für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!“ In diesem Zusammenhang verwiesen wir auf die Ausweitung der bolschewistischen Macht auf Zentralasien in den 20er Jahren, die die Basis legte für einen enormen Sprung vorwärts für die Werktätigen dieser Region, besonders für die Frauen, die unter der islamischen Hierarchie brutal unterdrückt worden waren. Der Rückzug des Kreml aus Afghanistan Ende der 80er Jahre setzte die Frauen und Linken dort der grauenhaften Herrschaft der Mörderbanden der Taliban aus und führte kurz darauf zur kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion selber.

In Tibet war es nur der Einmarsch der Armee des chinesischen deformierten Arbeiterstaates, der die Massen in die Lage versetzte, auch nur die minimalsten Schritte in Richtung sozialen Fortschritts zu beginnen. Das Schicksal des tibetischen Volkes ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für proletarisch-politische Revolution in China und sozialistische Revolution auf dem indischen Subkontinent und in ganz Südost- und Ostasien.

China: Für proletarisch-politische Revolution!

Für den Sturz der bürokratischen Kaste, die drauf und dran ist, die letzten verbleibenden Errungenschaften der Chinesischen Revolution zu liquidieren, ist die Führung einer proletarischen Partei notwendig, die, wie Lenin es vorgegeben hat, als Volkstribun agieren muß, indem sie für alle Unterdrückten kämpft. Dies bedeutet zum Beispiel, gegen die Erosion der Errungenschaften zu kämpfen, die die Frauen seit 1949 erlangt haben, und gegen jedes Aufkommen

von Groß-Han-Chauvinismus zu kämpfen, der von der nationalistischen Bürokratie gefördert wird. Eine proletarisch-politische Revolution in China würde sich sofort der Wut der von den Imperialisten geführten Reaktion ausgesetzt sehen. Die einzige Verteidigung dagegen ist die internationale Mobilisierung der Arbeiterklasse im Kampf für die Ausweitung der roten Revolution besonders auf Südkorea und Japan.

Der Schlüssel für den Sieg der Oktoberrevolution war der unerschütterliche Internationalismus der Bolschewiki; dazu gehörte auch ihre Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung für die vielen unterdrückten Nationen im zaristischen Völkergefängnis. Nach der Machteroberung gewährten die Bolschewiki in der Tat diesen Nationen das Recht auf Los-trennung, während Autonomieregelungen getroffen wurden für die verschiedenen Völker, die sich noch nicht zu Nationen entwickelt hatten. Aber besonders als die junge Sowjetrepublik von der weißen Konterrevolution unter der Führung der Imperialisten belagert wurde, war die nationale Selbstbestimmung wie andere bürgerlich-demokratische Fragen der Verteidigung der proletarischen Staatsmacht untergeordnet. Die kurzlebigen ukrainischen und georgischen „Republiken“ dieser Zeit erwiesen sich trotz ihrer Behauptungen, sie seien „neutral“, und trotz einer Patina von „sozialistischer“, radikaler bäuerlicher und sogar anarchistischer Herrschaft praktisch als Einfallstraßen für die Streitkräfte, die von den Imperialisten gegen das rote Rußland mobilisiert wurden. In ähnlicher Weise könnte heute ein „unabhängiges“ Tibet nur als Plattform für imperialistische Provokationen gegen den deformierten Arbeiterstaat China dienen.

Die Voraussetzungen für jede nennenswerte tibetische Autonomie oder, falls gewünscht, Unabhängigkeit sind die Zerstörung von jedem Überbleibsel aristokratischer und klösterlicher Macht – und die Beendigung jeder staatlichen Unterstützung für die Klöster – durch die Mobilisierung der tibetischen Massen in Sowjets der Werktätigen, die verbunden sind mit der proletarischen Sowjetherrschaft in China. Erst dann könnte das Volk von Tibet damit beginnen, die Jahrhunderte von Fast-Sklaverei und schrecklichen Entbehrungen zu überwinden und den Weg von Fortschritt, Prosperität und menschlicher Freiheit einzuschlagen, die das Ziel der sozialistischen Revolution sind. Diese Fortschritte hängen heute von einer siegreichen politischen Revolution der Arbeiterklasse in China als Teil des Kampfes für ein sozialistisches Asien ab.

Übersetzt nach *Workers Vanguard* Nr. 695,
28. August 1998



SPARTACIST
DEUTSCHE AUSGABE
WINTER 1997/98
NR. 19

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!

**China am Scheideweg:
Proletarisch-politische Revolution
oder kapitalistische Versklavung?**

Permanente Revolution kontra
nationaldemokratische Einheitsfront!

**Die Ursprünge des
chinesischen Trotzkismus**

Originaldokumente aus sowjetischen Archiven veröffentlicht
**Trotzkis Kampf gegen den stalinistischen
Verrat an der bolschewistischen Revolution**

Revolutionäre Umgruppierung oder
zentristische Alchemie?

SPARTACIST

**Theoretische und
dokumentarische
Quellensammlung
der IKL**

Deutsche Ausgabe
Nr. 19, Winter 1997/98
DM 3,- zuzüglich Porto
(im Abo des *Spartakist*
enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin

Konto 11988-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60

SPARTAKIST

NEW YORK, NY 10008
212-697-1025

„Freies Tibet“: Schlachtruf für Konterrevolution in China

In den letzten Jahren ist eine der rückständigsten und unzugänglichsten Regionen dieser Erde von Hollywood-Filmstars sowie von imperialistischen Politikern ins Rampenlicht gerückt worden. Die lautstarken Forderungen nach der „Befreiung“ Tibets von chinesischer Herrschaft haben es geschafft, auch eine beträchtliche Zahl von liberalen und linken Jugendlichen vor den Karren eines der langjährigsten antikommunistischen Feldzüge der Imperialisten zu spannen. Dies wurde von einem scheinbar endlosen Bombardement von Filmen unterstützt, in denen Tibets „traditionelle“ – und rückständige – Kultur und ihr freiwillig ins Exil gegangener Gottkönig, der Dalai Lama, Star der Anzeigen für Apple-Computer, hochgejubelt werden. So gab es zum Beispiel den Film „Sieben Jahre in Tibet“, in dem der deutsche Nazi Heinrich Harrer in den 30er Jahren zum Idol erhoben wird, der zur tibetischen Sache konvertierte. Eine Reihe von Rap- und Rockgruppen wie die Beastie Boys und die Red Hot Chili Peppers engagierten sich bei der Organisation von „Freiheitskonzerten“, um Geld für diese gegen China gerichtete Kampagne aufzutreiben.

Die „Freiheit-für-Tibet“-Kampagne entstand durch Machenschaften der amerikanischen CIA und anderer imperialistischer Kräfte, in Deutschland durch SPDler und Grüne, deren Ziel es ist, eine kapitalistische Konterrevolution in China anzuzünden. Bis zu ihrem Sturz im Anschluß an die Chinesische Revolution von 1949 herrschte die tibetische „Lamakratie“ über eine Gesellschaft, in der Sklaverei – sexuelle und andere – weitverbreitet war, wo es keinerlei medizinische Versorgung gab und die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, das Vorrecht von (einigen) Mitgliedern der herrschenden Priesterkaste war. Obwohl die Revolution von 1949 von Beginn an bürokratisch deformiert war, stürzte sie die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, errichtete eine kollektivierete Planwirtschaft und legte damit die Basis für große Fortschritte für die Arbeiter, Bauern und Minderheitsvölker Chinas, einschließlich der Tibeter.

Heute steht das nationalistische Regime der stalinistischen Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) selber an der Spitze der Kampagne für eine kapitalistische Restauration, indem sie sowohl imperialistische als auch einheimische Kapitalinvestitionen wieder einführt, wobei ihre eigenen Kader sich in Scharen an Unternehmungen beteiligen, um schnell zu Geld zu kommen. Die Beijing-Bürokratie läßt die



Der Tagesspiegel

Berlin 1995: Der Berliner Bürgermeister Diepgen trifft den Dalai Lama, Hohepriester der Konterrevolution

„eiserne Reisschüssel“ – die Garantie auf einen Arbeitsplatz, eine Wohnung und andere Sozialleistungen – immer schneller verrostet. So gibt es im Augenblick Pläne, die Subventionen für Werkswohnungen von Staatsbetrieben abzuschaffen, wodurch Millionen von Menschen obdachlos zu werden drohen. Die sich abzeichnende Bedrohung durch das Elend des „freien Marktes“ hat zu weitverbreitetem Widerstand, auch zu Streiks, durch das chinesische Proletariat geführt.

Zur Zeit betreiben die Imperialisten, besonders in Wirtschaftskreisen, eine eher zurückhaltende Politik, weil sie zu Recht sehen, daß das Regime in Beijing China an den Rand der Konterrevolution gebracht hat. Aber die herrschende Klasse der USA hat im Koreakrieg, im Vietnamkrieg und vorher schon im Zweiten Weltkrieg bewiesen, daß sie ohne weiteres Massenmorde durchführen wird – bis hin zur nuklearen Einäscherung –, um ihre Vorherrschaft in der Welt aufrechtzuerhalten und die „Plage“ des Kommunismus auszulöschen. Und sie würde es in China wieder tun, falls sie dies für erforderlich hält. In der Tat sind die imperialistischen Mächte im Unterschied zur Zeit der Russischen Revolution 1917, als sie durch den Ersten Weltkrieg erschöpft und ideologisch bankrott waren, heute durch die konterrevolutionäre Zerstörung des sowjetischen degenerierten

Fortgesetzt auf Seite 21

Für bedingungslose militärische Verteidigung von China gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution!

N.Y. SPARTAKIST LEAGUE
P.O. BOX 5381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212-697-1025